



**Menschen
vor Profite!**

Für ein soziales Kassel

**Programm für die Kommunalwahl
in Kassel am 6. März 2016**



KASSELER LINKE

kasseler-linke.de

Inhalt

Einleitung	3
1 Arbeit, Soziales und Wirtschaft	7
1.1 Weg mit Hartz IV – für Mindestlohn, Tariflohn und soziale Sicherung	7
1.2 Schluss mit der kommunalen Kahlschlagpolitik	8
1.3 Nein zu TTIP, CETA, TiSA	9
1.4 Keine Privatisierung von kommunalem Eigentum	10
1.5 Kommunale Finanzen stärken	11
1.6 Wirtschaftsförderung	11
1.7 Kein Gewerbe im Langen Feld	12
1.8 Der Flughafen Kassel-Calden/Kassel Airport	12
2. Gleiche Rechte für Frauen	13
2.1 Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen	13
2.2 Geschlechtergerechtes Kassel	13
2.3 Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen in Kassel	14
3 Soziale und ökologische Stadtentwicklung - Wohnen	15
3.1 Kassel sozial und ökologisch entwickeln	15
3.2 Guter und bezahlbarer Wohnraum für alle	16
3.3 Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	17
3.4 Öffentlicher Raum für alle	19
3.5 Regionale Kooperation	19
4 Bildung, Jugend, Kultur, Freizeit und Sport	21
4.1 Eine zukunftsfähige Politik für Kinder und Jugendliche	21
4.1.1 Bildung fängt bei den Jüngsten an	21
4.1.2 Schule für Toleranz und individuelle Förderung	22
4.1.3 Politische Bildung ist gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe	24
4.2 Ausbildungsplätze schaffen, Übernahme sichern, Zukunft fördern!	25
4.3 Kultur und Freizeit	26
4.4 Breitensport fördern	27
5 Flucht und Migration	28
5.1 Refugees Welcome	28
5.2 Gleichberechtigung für alle – Gemeinsam sind wir Kassel!	29
5.3 Entscheidungsspielräume nutzen	29
5.4 Konsequent gegen Nazis, Antisemitismus und Rassismus	30
6 Für eine demokratische und solidarische Kommune	32
6.1 Erleichterungen für Behinderte im öffentlichen Raum	32
6.2 Für ein engeres Netz sozialer Beratung und Unterstützung	32
6.3 Gegen Sexismus – Für eine queere Kommune	32
6.4 Die Stadt demokratisieren	33
7 Gesundheit	35
7.1 Sparen an den Krankenhäusern bedeutet Sparen an der Gesundheit	35
7.2 Kommunale Arbeitsplätze im Klinikum Kassel erhalten und weitere schaffen.	36
7.3 Ambulante Versorgung sicherstellen – Gesundheitskonferenz für Kassel	37
7.4 Für eine repressionsfreie Drogenpolitik	37
7.5 Für ein selbstbestimmtes Leben – auch im Alter	37
8 Für eine linke Alternative in Kassel!	39

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist ein Bündnis für und von Menschen, die sich für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung des Menschen und von der Zerstörung der Natur einsetzen. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

In diesem Sinne arbeiten in unserem Bündnis Menschen mit verschiedenen weltanschaulichen Grundüberzeugungen zusammen. Auf der Grundlage unserer demokratischen linken Überzeugungen sind wir zu den in diesem Programm dargelegten kommunalpolitischen Positionen und Forderungen gelangt. Wir stehen für die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation, für den Erhalt und den Ausbau von kommunalem Eigentum und für ökologische Verantwortung. Wir leisten Widerstand gegen Privatisierung, Arbeitszeitverlängerung und gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Wir stehen für eine transparente Politik.

Der politisch gewollte Sozialabbau durch die Regierungsparteien – egal ob im Bund, im Land oder in der Kommune – führt dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung einer wachsenden sozialen Unsicherheit ausgeliefert wird und er vertieft die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, durch die Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger Personen und privater Institutionen. Dafür sollen Beschäftigte für weniger Geld arbeiten und Jugendlichen wird so die Zukunft verbaut. Das alles führt zu leeren öffentlichen Kassen, die dann als Begründung für weitere Sparrunden und zur weiteren Enteignung sozialen Eigentums führen. Was als Sachzwang präsentiert wird, ist das Produkt von politischen Entscheidungen, z.B. von Steuergeschenken an Banken, Konzerne und Reiche.

Gegen diese unsoziale Politik wollen wir weiterhin und gestärkt als demokratische linke Alternative in das Stadtparlament einziehen.

Kassel als Stadt im Grünen, Kassel als Kulturstadt, Kassel als Großstadt mit menschlichem Maß könnte eine Stadt hoher Lebensqualität sein, ist es aber für einen wachsenden Teil seiner Einwohnerinnen und Einwohner in immer geringerem Maße. Geplagt von Lärm und schlechter Luft, unter dem Druck fehlender Arbeits- und Ausbildungsplätze und sinkender Einkommen verschlechtert sich die Lage für einen großen Teil der Bevölkerung. Wer in der Armutsfalle Hartz IV angekommen ist, wird an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Für den gelten seit 2005 Menschen-, Grund- und Bürgerrechte nur noch eingeschränkt.

Die Politik der Deregulierung hat zum Ziel, den öffentlichen Bereich zu schwächen und ihn prinzipiell für Markt-, Preis- und Konkurrenzmechanismen zu öffnen. Damit wird nicht nur der Staat, sondern die Demokratie ausgehöhlt. Regulierungs- und Kontrollfunktionen werden auf den Privatbereich übertragen. Das ist auch ein Ziel der sogenannten Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA.

Die Stadtspitze präsentiert Kassel als Stadt auf der Erfolgsspur. Rückgang der Arbeitslosigkeit, Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, steigende Einnahmen aus der Gewerbesteuer, Abbau der Schulden, auch dank des kommunalen Schutzschirms. „Wir sind auf einem guten Weg“, lautet das Motto. Oberbürgermeister und Stadtkämmerer heften sich den Abbau der Arbeitslosigkeit als ihr persönliches Verdienst an die Brust.

Tatsächlich ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Kassel kein Verdienst der lokalen Politik. Deutschland ist aus der Krise von 2009 vergleichsweise gut herausgekommen und davon profitiert auch Kassel. Der deutsche Weg aus der Krise beruht einseitig auf Export, geht auf Kosten der anderen EU-Staaten und auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in Deutschland, die mit Lohnzurückhaltung und Niedriglöhnen den Aufschwung finanziert haben.

Die Politik in Kassel hat mit dem Flughafenneubau in Calden für eine Fehlinvestition gesorgt, die dauerhaft den Haushalt der Stadt belasten wird. Sie verantwortet mit der Erschließung des Langen Feldes als Gewerbegebiet die nächste große Fehlinvestition zu Lasten der Kasseler EinwohnerInnen. Sie hat Prestigeprojekte wie Multifunktionshalle und Technisches Rathaus in den Sand gesetzt und ist mit verantwortlich für das Scheitern des Großprojekts Wohnbebauung beim Salzmann-Areal.

Die steigende Zahl von Arbeitsplätzen führte keineswegs zu einem Rückgang der Armut. Die Zahl der Menschen, die auf Hartz 4 und auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, geht nicht zurück, im Gegenteil, in Kassel wird die Altersarmut weiter ansteigen. Zur Kehrseite des angeblichen „guten Wegs“ gehören auch die steigenden Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Auch hier stellen wir ein vollständiges Versagen der Stadt fest.

Die Stadt verzehrt seit Jahren ihre Substanz. Die Investitionen sind viel zu niedrig, um die Straßen und städtische Gebäude, insbesondere die Schulen, zu erhalten. Die Lücke zwischen den benötigten Summen und den tatsächlichen Investitionen wird immer größer. Da schließt die Stadt lieber die Joseph-von-Eichendorff-Schule, statt sie zu sanieren.

Die Handlungsspielräume der Stadt haben sich also nicht verbessert, im Gegenteil, sie haben sich durch Sozialabbau, Kahlschlagpolitik, Fehlinvestitionen sowie durch den kommunalen Schutzschirm weiter verschlechtert.

Die angeblich so erfolgreiche Politik beruht auf ebenso schlichten wie untauglichen Rezepten:

1. Falscher Ansatz: ‚Sparen, sparen, sparen‘

Sparen auf Kosten der Armen, denen noch nicht einmal das gegeben wird, was ihnen trotz der Sozialabbaugesetze zusteht. Sparen auf Kosten der Jugendlichen, denen die Aussicht auf Ausbildung und einen Arbeitsplatz genommen wird.

Sparen auf Kosten der Substanz der öffentlichen Infrastruktur. Sparen zulasten der kommunalen Betriebe, aus denen die Stadt Geld herausholt, um Haushaltslöcher zu stopfen – statt in die Betriebe zu investieren. Sparen zu Lasten der Beschäftigten, Sparen zu Lasten der Zukunft.

2. Falscher Ansatz: Standortwettbewerb

Durch die Ausweisung neuer Baugebiete und Gewerbeflächen möchte man sich im vorgeblichen Standortwettbewerb in die Konkurrenz mit den Umlandgemeinden um den Zuzug einkommensstärkerer Familien und die Ansiedlung neuer Betriebe begeben. Arme will man dagegen abschrecken. Kommunale Sozialpolitik wird zum „Standortfaktor“ herabgewürdigt. Damit wird ein Verdrängungswettbewerb angeheizt, der weder den Kasseler Bürgern noch der Region nutzt.

3. Falscher Ansatz: Investieren in Beton, in Prestige- und Großprojekte

Der Flughafenneubau in Calden erwies sich als gigantischer Flop und wird trotzdem immer noch als Zukunftsinvestition für Kassel und Nordhessen gepriesen.

4. Falscher Ansatz: Kommunales Eigentum verscherbeln

Auch wenn in den vergangenen Jahren Privatisierungspläne zurückgenommen werden mussten, weil sie in der Bevölkerung auf Widerstand stießen, ist der Verkauf kommunalen Eigentums zwecks Haushaltssanierung nicht vom Tisch. Im Gegenteil! Dabei ist diese neo-liberale Politik auf der ganzen Linie gescheitert: die Einnahmen aus Verkäufen kommunaler Unternehmen sind längst im Haushalt versickert, die Großprojekte als Verschwendung von Steuergeldern enttarnt.

Die letzten Jahre haben eindringlich vor Augen geführt: man darf die Stadt nicht jenen Parteien überlassen, die den Abbau sozialer Sicherungssysteme der Bürger durch Privatisierung sozialer Risiken betreiben und die die Region global konkurrenzfähig mit Drittweltlöhnen machen wollen.

Kassel braucht eine starke linke Fraktion im Rathaus

Die bisherige Fraktion Kasseler Linke in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung hatte für ihre Anträge nur sehr selten eine Mehrheit und hat trotzdem viel erreicht.

Ein großer Erfolg der letzten Wahlperiode war der Erhalt der Freibäder. Der ehemalige Kämmerer Dr. Barthel wollte die Freibäder schließen, um die lukrativen Grundstücke zu privatisieren. Die Fraktionen von SPD und Grünen erwiesen sich als völlig unfähig oder unwillig, die Interessen der Bevölkerung gegen diesen dreisten Vorstoß des Kämmerers zu vertreten. Unsere Kampagne ‚Rettet die Freibäder‘ war eine wirksame Unterstützung der Fördervereine im erfolgreichen Kampf um den Erhalt der Freibäder.

Diese Arbeit für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und für mehr Lebensqualität in Kassel wollen wir mit einer gestärkten linken Fraktion in der nächsten Stadtverordnetenversammlung fortsetzen.

Kommunalpolitik für und mit den Menschen in Kassel

Im Gegensatz zu der schwarz-rot-gelb-grünen Koalition des Sozialabbaus will die Kasseler Linke eine Kommunalpolitik gestalten, die sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt orientiert. Indem sie zum Beispiel die wirtschaftlich und sozial ausgegrenzten BürgerInnen wieder in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezieht und ihnen neue Zugänge (z.B. durch ein Sozialticket/einen Sozialpass) und neue, selbstbestimmte Handlungsspielräume eröffnet.

Wir setzen uns für eine soziale und gerechte Stadt ein, in der alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sonstigem gesellschaftlichem Hintergrund miteinander leben und arbeiten können. Wir verstehen uns als aktive Opposition, die Alternativen nicht nur plakativ fordert, sondern Alternativen konkret und mit realisierbaren Konzepten formuliert. Wir werden unsere Alternativen aber nicht im Rahmen sogenannter Sachzwänge formulieren. Wir stehen für eine Gesellschaft, die sich nicht an den Profiten weniger, sondern an den Bedürfnissen der Mehrheit und ihren sozialen Schutzbedürfnissen angesichts wachsender sozialer und ökologischer Risiken orientiert. Wir wollen die Interessen von sozial ausgegrenzten Menschen vertreten, indem wir gemeinsam mit ihnen Forderungen, Vorschläge und Strategien erarbeiten. Wir wissen, dass Erfolge dort möglich sind, wo Basisbewegungen und die Eigeninitiative der Betroffenen wirken. Wir sehen unsere Aufgabe darin, solche Prozesse zu stärken.

Wir wollen uns einsetzen für unsicher Beschäftigte, für Erwerbslose, Jugendliche, RentnerInnen und für alle anderen, die von Kürzungspolitik und Sozialabbau betroffen sind. Wir wollen eine Politik für ArbeitnehmerInnen machen. Uns ist bewusst, dass dies zu Konflikten mit großen Teilen der UnternehmerInnen und ihren VertreterInnen in Politik und Medien führen wird, da sie entgegengesetzte Interessen vertreten.

Gegen Sozialabbau und Privatisierungen

Wir lehnen jede Form von Sozialabbau und Privatisierungen entschieden ab. Wir stellen uns gegen den weiteren Verkauf oder Teilverkauf öffentlichen Eigentums und wir werden gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der kommunalen Beschäftigten kämpfen. Die kurzfristige und kurzsichtige Kürzungs- und Privatisierungspolitik löst keine Probleme, sie verschärft sie nur. Wir stehen für langfristige Lösungen von Problemen und wenden uns gegen die herrschende Kommunalpolitik, in der nur bis zur nächsten Wahl gedacht, nicht über den Teller- rand der Kommune hinaus geblickt und opportunistisch nur den Vorgaben des neoliberalen Mainstreams aus Wirtschaft, Politik und Medien gefolgt wird. Dem Argument der leeren Kassen setzen wir die Frage entgegen, wer die Kassen geleert hat und wohin ihr Inhalt gegangen ist.

Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist insgesamt gesehen reicher geworden. Wir sind aber mit einer ungerechten und unsozialen Verteilung dieses Reichtums konfrontiert, die sich auch für die Kommunen und die Menschen in den Kommunen negativ auswirkt. Deshalb setzen wir uns für eine Steuerpolitik ein, die für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit sorgt und den Kommunen den Spielraum für eine soziale Politik gibt, den sie dringend benötigen.

Wir werden keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen.

Gemeinsam sind wir stark

Wir verstehen unsere Arbeit als Unterstützung für alle Menschen, die in sozialen, Umwelt-, Kultur- und Bildungsinitiativen, in Gewerkschaften und Verbänden arbeiten. Ihrer fachlichen und politischen Kompetenz wollen wir zusätzliches Gehör verschaffen und ihre Arbeit mit Informationen aus dem Stadtparlament stärken. Wir verstehen unsere Kandidatur nicht als Ersatz für außerparlamentarische Aktivitäten sondern als Ergänzung. Die Stadtverordnetenversammlung ist für uns ein weiterer Ort, in dem wir unseren Ideen Gehör verschaffen können und in dem wir für unsere Interessen kämpfen werden. Wir sind uns aber auch der Begrenztheit parlamentarischer Arbeit bewusst und uns im Klaren darüber, dass wir zusammen mit der außerparlamentarischen Arbeit Erfolge erzielen können. Wir wollen an der Seite von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und RentnerInnen für Verbesserungen in dieser Stadt kämpfen. Gemeinsamer Widerstand ist nötig, um diese Verbesserungen durchzusetzen.

Impressum

Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Schillerstraße 21

34117 Kassel

0561/920 15 03

kontakt@kasseler-linke.de

www.kasseler-linke.de

V.i.S.d.P.: Axel Selbert

1 Arbeit, Soziales und Wirtschaft

1.1 Weg mit Hartz IV – für Mindestlohn, Tariflohn und soziale Sicherung

In Kassel beträgt die Arbeitslosenquote knapp 10 Prozent. Die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, ist aber weitaus größer. Dazu gehören BezieherInnen von Sozialleistungen (ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung), Alleinerziehende und Geringverdienende. Besonders betroffen sind Frauen, Behinderte und MigrantInnen, deren geringe Einkommen und Sozialversicherungsbeiträge letztendlich zu Altersarmut führen.

Die immer noch hohe Arbeitslosigkeit und die Ausweitung des Niedriglohnssektors verursachen Beitrags- und Steuerausfälle und verschärfen die Probleme der Sozialversicherungen und damit die Finanznot der Kommunen.

Bei den Kosten der Unterkunft für BezieherInnen von Sozialleistungen hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Stadt nicht gewillt war, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die Stadt Kassel hat die Angemessenheitsgrenzen für Kaltmiete, Betriebskosten sowie Heizkosten so tief angesetzt, dass Hartz IV-EmpfängerInnen zu diesem Preis häufig keine Wohnung finden. Für EmpfängerInnen kommunaler Sozialleistungen sind die Privatsphäre und der Schutz von Familie und Wohnung eingeschränkt. Sie alle sind permanenten Eingriffen des Jobcenters ausgesetzt.

Wir stellen ein Versagen aller etablierten Parteien in der Beschäftigungspolitik fest. Statt Arbeitsplätze zu schaffen, statt Erwerbslose zu gefragten Fachkräften zu qualifizieren, werden von den neoliberalen Parteien Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Statt auf kommunaler Ebene beispielhaft mit dem Einstieg in die längst überfällige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu beginnen, wird mit dem so genannten Outsourcing kommunaler Dienstleistungen (die Ausgliederung von Aufgaben an Fremdfirmen) bei Arbeitsplätzen und Löhnen eine Spirale nach unten in Gang gesetzt. Durch Verkäufe, Verlagerungen und Firmenpleiten sind und werden in Kassel weiterhin Hunderte von Arbeitsplätzen bedroht. Wir unterstützen die Kampagnen von Belegschaften, Gewerkschaften und Personalvertretungen zur Verteidigung der Arbeitsplätze in den Kasseler öffentlichen und privaten Betrieben.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbietet laut Artikel 12 (Absatz 1-3) die Zwangsarbeit. Wir fordern daher, alle Zwangsarbeitsmaßnahmen abzuschaffen, egal ob sie 1-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit genannt werden.

Wir unterstützen die bundesweite Bewegung für ein Sanktionsmoratorium bei Menschen im ALG II-Bezug und fordern, dass sich die Stadt Kassel dem anschließt. Das Hartz-IV-System muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung ersetzt werden.

Wir fordern deshalb:

- Ende der Repressalien gegenüber ALG-II-BezieherInnen, insbesondere eine Abschaffung der Sanktionen.
- Echte Qualifizierung statt Überwachung und Strafe.
- Bei gleicher Eignung soll die Stadt vorrangig Langzeitarbeitslose einstellen.
- Die Personalauswahlkriterien der Stadt sind so zu überarbeiten, dass Frauen im technischen Bereich und in Führungspositionen deutlich bessere Einstellungschancen haben als bisher.
- Abschaffung der 1-Euro-Jobs und Umwandlung in reguläre Tarifarbeitsplätze. Die Aufnahme von Arbeitsverhältnissen darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen.
- Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ für LeistungsempfängerInnen nach den Standards des Bundessozialgerichtes.
- Beteiligung der Selbstorganisationen der Erwerbslosen am Jobcenter-Beirat als betroffene ExpertInnen.

- Finanziell abgesicherte unabhängige Rechtsberatung für die EmpfängerInnen von ALG II und anderen staatlichen Transferleistungen, um unnötige Belastungen durch Klagen und Prozesse zu vermeiden.
- Einführung eines Eckregelsatzes von 500 €.
- Sofortiger Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst und stattdessen Neueinstellungen und Übernahme der Auszubildenden.
- Ausbildung über Bedarf bei der Stadtverwaltung und in städtischen Betrieben, statt Ausbildungsmaßnahmen, die nur geringe Chancen für einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt bieten.
- Anwendung des Tarifvertrages Nahverkehrsbetriebe (TV-N) Hessen. Stopp der Tariffucht durch Auslagerung von Arbeitsplätzen in Subunternehmen.
- Gute Bezahlung im Sozial- und Erziehungsbereich.
- Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 10 € pro Stunde statt Lohndumping.
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitionsprogramme in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Wohnen.
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Begrenzung der Dispo-Zinsen der Kasseler Sparkasse auf maximal 5 % über dem Leitzins der EZB.

1.2 Schluss mit der kommunalen Kahlschlagpolitik

Der 2012 eingeführte „Kommunale Schutzschirm“ sieht die Tilgung kommunaler Schulden durch das Land und Beihilfen für den Schuldendienst der Kommunen vor, wenn sich diese vertraglich verpflichten, einen ausgeglichenen Haushalt zu einem fest gelegten Zeitpunkt anzustreben.

Da die Kommunen nur wenige eigene Steuern erheben und kaum Einfluss auf die Höhe ihrer Einnahmen haben, bedeutet dies: Senkung der kommunalen Ausgaben und Erhöhung von Gebühren und Beiträgen.

Mit dem Schutzschirm wurden die Schulden der Stadt Kassel in Höhe von bis dahin rund 720 Mio. Euro um rund 260 Mio. Euro verringert. Die jährlichen Zinsaufwendungen der Stadt sinken dadurch um etwa 2 Mio. Euro. Dies zeigt, dass eine Entschuldung der kommunalen Ebene, deren Umfang an Pflichtaufgaben in den letzten Jahrzehnten ohne entsprechende Ausweitung ihrer Finanzkraft permanent angewachsen ist, durch das Land Hessen notwendig und möglich ist. Gleichzeitig hat sich das Land entschieden, diese Entschuldung der kommunalen Ebene mit Troika-artigen Kürzungsaufgaben zu versehen, die aufgrund der Unveränderbarkeit des Pflichtaufgabenumfangs zu einem Kahlschlag bei den besonders wertvollen freiwilligen Aufgaben der Kommune führen. Folgende Maßnahmen wurden aufgrund des Schutzschirmvertrags mit dem Land Hessen bereits realisiert: Schließung der Stadtteilbibliotheken Bad Wilhelmshöhe, Kirchditmold und Fasanenhof; Reduzierung der beruflichen Ausbildung durch die Stadt Kassel als Arbeitgeber; Kürzung der Förderung von Sportveranstaltungen und Erhöhung von Parkgebühren.

Obwohl der private Reichtum unserer Gesellschaft ständig wächst, werden öffentliche Angebote wie Schwimmbäder, Theatereinrichtungen, Volkshochschulen, Kulturszene, Drogenberatung und Jugendzentren, ausgedünnt. Statt gemeinsam mit anderen Kommunen und den Gewerkschaften Druck auf Bund und Länder auszuüben, damit die Finanzkrise der Kommunen beendet wird, wird von der Politik in Kassel die Kürzungs- und Kahlschlagpolitik im sozialen und kulturellen Bereich fortgesetzt. Zugleich werden Bedürftige systematisch ausgegrenzt: Im Haushalts-sicherungskonzept 2015-2018 der Stadt Kassel wird als ein „grundlegendes Element“ der Konsolidierungsstrategie genannt, dass „die Bevölkerungsstruktur zu Gunsten eines höheren Anteils an steuerzahlenden und nicht transferabhängigen Bürgern zu beeinflussen“ sein müsse.

Statt soziale Sicherheit für alle in Kassel lebenden Menschen zu schaffen, die ihrer Würde entspricht, wird die Kürzungs- und Sparpolitik auf dem Rücken der EmpfängerInnen von Sozialleistungen und Arbeitslosen ausgetragen. Statt für den Erhalt und den Ausbau öffentlicher Infrastruktur in den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt, Gesundheit und Wohnen einzutreten, wird eine Kommunalpolitik betrieben, die auf Prestigeobjekte im angeblichen Standortwettbewerb der Kommunen zielt und die Interessen der Bevölkerung vergisst.

Wir fordern deshalb:

- Keine Kürzungspolitik im sozialen und kulturellen Bereich, stattdessen Ausbau öffentlicher Angebote in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen.
- Rückkehr zur kostenlosen Nutzung öffentlicher Angebote wie Museen und Bibliotheken.
- Einführung eines Sozialtickets für alle EinwohnerInnen mit einem Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze, die den Betroffenen den Zugang zu Mobilität gewährleistet.
- Einführung eines Sozialpasses für alle EinwohnerInnen mit einem Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze, die den Betroffenen den Zugang zu Sport (z.B. Schwimmbädern) und Kultur gewährleistet
- Erstellung eines Kasseler Armutsberichtes, wie er vom Landkreis Kassel bereits regelmäßig herausgegeben wird.
- Anpassung der kommunalen Finanzkraft an einen bedarfsgerechten Aufgabenumfang; Entschuldung der kommunalen Ebene durch das Land Hessen ohne Kürzungsdiktat bei den freiwilligen Leistungen.

1.3 Nein zu TTIP, CETA, TiSA

Als Teil des Nordhessischen Bündnisses „Freihandelsabkommen stoppen“ lehnen wir TTIP, CETA und TiSA entschieden ab! Wenn die Freihandelsabkommen TTIP, (Transatlantic Trade and Investment Partnership) CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trade in Services Agreement) in Kraft gesetzt werden, bedeutet das eine weitere Aushöhlung von Demokratie, ArbeitnehmerInnenrechten, Umwelt- und Verbraucherschutz und eine Beschneidung der Freiheit von Bildung und Kultur. Konzerne würden in noch stärkerem Maße als bisher an der Erarbeitung der Gesetze beteiligt. Regelungen, die nicht die Zustimmung der Konzerne finden weil sie besseren Verbraucherschutz vorschreiben, würden in den Parlamenten gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. Sollte doch einmal ein Gesetz erlassen werden, das einem Unternehmen nicht gefällt, könnte das Unternehmen den Staat vor einem internationalen Schiedsgericht, wo nicht Richter, sondern Rechtsanwälte das Urteil fällen, auf Schadensersatz verklagen.

Die Rekommunalisierung, also die Rückführung beispielsweise von Krankenhäusern oder privatisierten Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in kommunales Eigentum, wäre mit der Inkraftsetzung der Freihandelsabkommen nicht mehr möglich. Privatisierungen im medizinischen Bereich, bei der Wasser- und Energieversorgung oder im Bereich Wohnen und beim ÖPNV könnten, trotz der vielen eingetretenen negativen Auswirkungen wie Erhöhung der Preise, Verschlechterung der Qualität, Personalabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Mit der Unterschrift Deutschlands unter die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA wären für die Bürgerinnen und Bürger dauerhafte Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen vorprogrammiert – auch in Kassel.

Wir fordern deshalb:

- Freihandelsabkommen stoppen!

- Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand erhalten und ausbauen.

1.4 Keine Privatisierung von kommunalem Eigentum

Wir stehen für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnen wir grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie die Müllentsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Bisherige Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren und zugleich die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (öffentliche und private Partnerschaft) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig kann das für die Kommunen nur teurer werden. Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und Stadtwerke, nicht privatisiert, sondern dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich negative Folgen für die Bevölkerung ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten werden verschlechtert. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle notwendig. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Unternehmen oder solchen mit kommunaler Beteiligung sind der Kontrolle der Kommunalparlamente zu unterstellen.

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen vernichtet Arbeitsplätze, verschlechtert Arbeitsbedingungen, schränkt Leistungen ein, beschneidet die betriebliche Mitbestimmung und führt zum Verlust an demokratischer Kontrolle. Die finanzielle Mehrbelastung nachfolgender Generationen ist vorprogrammiert. Dies trifft Frauen ganz besonders, weil zuerst die Frauenarbeitsplätze in schlecht bezahlte und ungesicherte Jobs ohne soziale Absicherung umgewandelt werden. Auch die im kommunalen Bereich geschaffenen Arbeitsplätze für behinderte Menschen sind bei Privatisierungen langfristig in Gefahr.

Privatisierbar sind ohnehin nur rentable öffentliche Einrichtungen, was zu einer Privatisierung der Gewinne und einer Sozialisierung der Verluste führt. Eine Privatisierung der gesamten städtischen Werke, der städtischen Kliniken usw. würde ein Ende des kommunalen Querverbundes (rentable Bereiche subventionieren unrentable Bereiche, wie den ÖPNV) bedeuten. Mittel- und langfristig wird so die kommunale Finanzkrise verschärft. Entweder müssen dann die kommunalen Gebühren erhöht oder weitere Leistungen gekürzt werden. Ergebnis ist eine weitere Umverteilung des Sozialproduktes von unten nach oben.

Wir fordern deshalb:

- Kein weiterer Verkauf von Teilen der Städtischen Werke.
- Keine Privatisierung der Kasseler Verkehrsbetriebe.
- Keine Gewinne beim Trinkwasser. Die Trinkwasserversorgung muss vollständig mit Anlagen und Geschäftsbetrieb an den Eigenbetrieb KasselWasser übergehen.
- Stadtreiniger bleiben kommunaler Eigenbetrieb.
- Erstellung eines regionalen Konzepts zur Müllvermeidung.
- Klinikum Kassel muss vollständig kommunal bleiben.
- Kein Verkauf der Seniorenwohnanlagen.
- Rücknahme der Privatisierungen in den Bereichen Reinigung und Verpflegung in allen kommunalen Einrichtungen, inklusive der Schulen und Kitas.

- Keine Aufweichung der öffentlichen Tarifverträge in Gesellschaften, die sich in städtischem Eigentum oder Teileigentum befinden.
- Offenlegung aller noch laufenden Cross-Border-Leasing- und PPP-Verträge in städtischen Betrieben und Betrieben mit städtischer Beteiligung.

1.5 Kommunale Finanzen stärken

Die Einführung einer ‚kommunalen Schuldenbremse‘ ist ein untaugliches Mittel zum Schuldenabbau, denn Kassel hat - von einigen Prestigeprojekten und versteckten Subventionen abgesehen - ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem. Wer Schuldenbremse sagt, meint in Wirklichkeit Kürzungs- und Kahlschlagspolitik. Eine Entschuldung unserer Stadt kann nicht im Alleingang erreicht werden. Sie wird nur möglich sein mit Entschuldungsprogrammen des Bundes und des Landes und einer grundlegenden Reform der Finanzierung der Kommunen.

Wir fordern deshalb:

- Verzicht auf ein Sparen um jeden Preis: Statt durch einen Sparkurs das Haushaltsvolumen zu begrenzen, müsste die Stadt Kassel ihren finanziellen Handlungsspielraum erhöhen und mehr Geld für Infrastrukturmaßnahmen ausgeben.
- Verzicht auf Prestigeprojekten, die langfristig den Haushalt der Stadt belasten, ohne eine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt nach sich zu ziehen, wie etwa der Flughafen Kassel-Calden.
- Neuregelung der Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen zugunsten der kommunalen Finanzen.
- Erhöhung der Steuern auf große Einkommen und Vermögen zugunsten einer erhöhten Mittelzuweisung an die Kommunen.

1.6 Wirtschaftsförderung

Die klassische Wirtschaftsförderung, wie sie in Kassel und vielen anderen Kommunen von den etablierten Parteien praktiziert wird, versteht sich in erster Linie als Ansiedlungspolitik. Ansiedlungen werden dabei in Konkurrenz zu anderen Standorten mit teuren Subventionen erkaufte, potenzielle Ansiedlungen quasi ersteigert. Diese Politik lehnen wir ab. Sie führt oft dazu, dass die „neuen“, teuer bezahlten Arbeitsplätze traditionell gewachsene vernichten. Die ausgewiesenen positiven „Arbeitsplatzbilanzen“ ignorieren regelmäßig die Vernichtung von Arbeitsplätzen an anderen Standorten.

Wirtschaftsförderung, im Sinne der Erhöhung des produktiven Potentials von Kommunen, darf nicht in der Subventionierung privater Gewinne bestehen. Im Mittelpunkt muss die Förderung des Gemeinwesens stehen.

Gegen die „öffentliche Wirtschaftsförderung“ stellt die Kasseler Linke ein Modell, das den Schwerpunkt auf Investitionen in die Entwicklung bereits vorhandener Strukturen legt.

Durch ihre schlechte finanzielle Situation sehen sich die Kommunen meist gezwungen, bei Investitionen und sonstigen Aufträgen Preisdruck auf die Auftragnehmer auszuüben und die Rechnungen so spät wie möglich zu bezahlen. Insbesondere kleine regionale Unternehmen haben darunter zu leiden. Diese gängige Praxis der kommunalen Verwaltungen widerspricht allen Reden von angeblicher Mittelstands- und Wirtschaftsförderung und muss beendet werden.

Beim Einsatz öffentlicher Mittel fordern wir, deren Vergabe an die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zu tarifvertraglichen Bedingungen zu knüpfen. Auch die Kriterien der Nachhaltigkeit müssen beachtet werden.

Intensive präventive Maßnahmen im sozialen Bereich (Familienförderung, Jugend- und Fami-

lienhilfe) fördern die Wirtschaft. Sie sparen teure Interventionen, denn „Nachsorge“ ist immer teurer.

Die Investition in das wertvollste Gut, die Menschen, ist also sozial geboten und wirtschaftlich sinnvoll. Wenn wir z.B. endlich die pädagogisch notwendige Betreuung von maximal 20 Kindern durch zwei Betreuerinnen je Regelgruppe in den Kindergärten umsetzen, so schafft dies unmittelbar neue Arbeitsplätze. Diese Investition in das Wohl unserer Kinder ist auch Voraussetzung dafür, dass später nicht ganze Gesellschaftsgruppen als „Bildungsverlierer“ auf der Strecke bleiben, mit allen negativen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

Wir fordern deshalb:

- Schluss mit dem Erkaufen von Ansiedlungen durch hohe Subventionen um jeden Preis.
- Arbeitsplätze schaffen durch Investitionen in Bildung und Soziales (Kindergarten, Schule, außerschulische Bildungsarbeit, Fort- und Weiterbildung), statt durch klassische Wirtschaftsförderung.

1.7 Kein Gewerbe im Langen Feld

Die „Entwicklung“ des Langen Feldes zum Gewerbegebiet widerspricht einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung und -entwicklung der Stadt. Mit dem schnellen Zubetonieren der „grünen Wiese“ wird eine unverzichtbare Frischluftschneise für die Stadt zerstört. Die Konzentration öffentlicher Gelder auf das Projekt führt außerdem dazu, dass Investitionen in die notwendige Entwicklung der innerstädtischen Industriebrachen auf der Strecke bleiben. Konkret wurden Mittel für den weiteren Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße ins Lange Feld gesteckt.

Wir fordern deshalb:

- Kein Gewerbe im Langen Feld.
- Intensive Entwicklung der innerstädtischen Brachen.
- Regionale Zusammenarbeit der nordhessischen Kommunen zur Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete.

1.8 Der Flughafen Kassel-Calden/Kassel Airport

Der Flughafen hat nicht annähernd die versprochenen Arbeitsplätze geschaffen und die Baukosten mussten inzwischen zum wiederholten Male auf mittlerweile 271 Millionen Euro nach oben korrigiert werden. Dieses Geld fehlt nun für sinnvolle Projekte in der Region. Zudem werden die Verluste des Flughafenbetriebes den Kasseler Haushalt dauerhaft belasten, da die Stadt Kassel mit ihrem 13%-igen Anteil an der Flughafen Kassel GmbH auch 13% der Verluste zu tragen hat. Bei dem Verlust von ca. 8 Mio. € im Jahr 2014 ergab sich für die Stadt rechnerisch also ein Verlustanteil von etwa 1 Mio. €. Dieses Geld das fehlt um Kitas auszubauen oder Schulgebäude, Schwimmbäder und Turnhallen zu sanieren.

Daher lehnt die Kasseler Linke die Weiterführung des Flughafens in seiner jetzigen Form entschieden ab. Kassel ist mit den umliegenden Flughäfen im bundesdeutschen Vergleich auch ohne den Kassel Airport hervorragend versorgt.

Wir fordern deshalb:

- Rückstufung des Kassel Airport zum Verkehrslandeplatz.
- Ausstieg der Stadt Kassel als Gesellschafter der Flughafen Kassel GmbH.

2. Gleiche Rechte für Frauen

2.1 Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen

Die Fortschrittlichkeit einer Gesellschaft lässt sich unter anderem an der Stellung der Frauen ablesen: Frauen verdienen heute im Bundesdurchschnitt immer noch 22 Prozent weniger als Männer, in Hessen sind es sogar 25 Prozent. Frauen müssen in Hessen also volle drei Monate länger arbeiten, um auf den gleichen Lohn wie die männliche Vergleichsgruppe zu kommen. Frauen sind von Niedriglöhnen bundes- und hessenweit überdurchschnittlich häufig betroffen, ebenso auch von befristeten Stellen. In Hessen arbeitet fast jede dritte sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Frau für einen Niedriglohn (29,8 Prozent, aber lediglich 13,5 Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer). Der Anteil von Frauen, die trotz Hochschul- oder Fachhochschulabschluss im Niedriglohnsektor arbeiten, ist in Hessen nahezu fünfmal so hoch wie der von Männern. In leitenden Positionen und in technischen Berufen sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Unter dem Stichwort Flexibilität wird vorwiegend Frauen ein 450-Euro-Job oder eine Teilzeitbeschäftigung angeboten. In Kassel arbeitete im Jahr 2014 über die Hälfte der weiblichen Beschäftigten in Teilzeit, bei den Männern waren es lediglich 12,5 Prozent. Bei der Pflege und der Kindererziehung wird unbezahlte Arbeit bei Frauen immer noch als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

Dies alles treibt sie oft in die Abhängigkeit von Sozialleistungen und führt auch zu einer Ungleichheit bei der Verteilung der Altersrenten und zu einer deutlichen Zunahme der Altersarmut unter Frauen – auch in Kassel. Frauen sind daher im besonderen Maße von Hartz IV und Grundversicherung im Alter betroffen.

Wir fordern deshalb:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Angemessen bezahlte sozialversicherungspflichtige unbefristete Arbeitsplätze statt geringfügiger Beschäftigung

2.2 Geschlechtergerechtes Kassel

Bisher sind diese Forderungen auch in Nordhessen noch nicht erfüllt. Auf kommunaler Ebene kann die Stadt Kassel damit beginnen, das zu ändern und endlich gleichberechtigte Lebensverhältnisse für Frauen herzustellen. Quotenregelungen sind hier nur ein möglicher Schritt. Genauso wichtig wie eine Quote für höher dotierte Stellen in der Stadtverwaltung und bei den Unternehmen im städtischen Besitz ist jedoch die Einführung von geschlechtergerechten Personalauswahlkriterien, wie z.B. gleiche Wertschätzung der Erfahrungen in der geleisteten unbezahlten Arbeit.

Die Neuausschreibung von Stellen sollte grundsätzlich als Vollzeitstelle (mit Teilzeitoption) erfolgen, auch und gerade in den typischen Frauenberufen.

Ein weiteres Mittel, um die Gleichstellung der Geschlechter zu forcieren, ist die Einführung von Gender Budgeting, also der systematischen Berücksichtigung von Fraueninteressen bei der Zuteilung der öffentlichen Finanzmittel.

Die Privatisierung von bisher im öffentlichen Besitz betriebenen sozialen Einrichtungen wie z. B. der Seniorenwohnanlagen muss unterbunden werden, da dort insbesondere Frauen von Arbeitsplatzverlust bzw. Lohnkürzungen betroffen wären.

Wir fordern deshalb:

- Konsequente Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes bei der Stadtverwaltung

und den kommunalen Betrieben.

- Einführung geschlechtergerechter Personalauswahlkriterien. Abkehr von frauendiskriminierenden Kriterien wie z. B. lange Beschäftigungsdauer als Bedingung für Einstellung bzw. Beförderung.
- Allgemeine Absenkung der Vollzeitbeschäftigung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, damit alle Beschäftigten mehr Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe und individueller Verwirklichung haben.
- Einführung des Gender Budgeting im Haushaltsplan.

2.3 Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen in Kassel

Frauen sind nach wie vor in besonderem Maße der Gewalt von Männern ausgesetzt. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Frauen bereits Opfer sexueller Belästigung geworden.

Die Tatsache, dass Frauen in der Prostitution und der Werbung als Ware gehandelt werden, führt dazu, dass Männer sie nicht als gleichwertig betrachten. Damit wird die Hemmschwelle für Gewalt gegen Frauen abgesenkt. Deshalb muss Frauenhandel und Sexkauf, Beschneidung bei Mädchen und Frauen, Zwangsverheiratung, sowie frauenverachtenden Tendenzen in Werbung, Schulen und Hochschulen (z.B. Diskriminierung der Gender-Forschung) energisch entgegengetreten werden. Die Rechtsprechung bei sexueller Gewalt und die Umgangsregelungen bei gewalttätigen Vätern müssen kritisch beobachtet werden. Die Ahndung von Vergewaltigungen muss endlich durch ein flächendeckendes Angebot zur anonymen Spurensicherung erleichtert werden, denn nur eine schnelle Verurteilung der Täter kann das Risiko weiterer Sexualstraftaten spürbar reduzieren.

Da die Spurensicherung nicht im Leistungsumfang der Krankenkassen enthalten ist, sie aber für eine effektive Bekämpfung von sexuellen Übergriffen und die Verhinderung weiterer Vergewaltigungen unerlässlich ist, muss die Kommune hierfür die nötigen Mittel bereitstellen.

Wir fordern deshalb:

- Unterstützung und Ausbau von Projekten, die Emanzipation und Selbstermächtigung von Mädchen und Frauen fördern, wie das Frauen- und Lesbenzentrum und das Mädchenhaus.
- Langfristige und ausreichende Finanzierung von Hilfsangeboten für Gewaltopfer, wie z.B. das Frauenhaus, sowie ein Ausbau von Beratungsangeboten, wie z.B. Frauen informieren Frauen, Sichtbar und Franka.
- Langfristige Sicherstellung der Finanzierung der anonymen Spurensicherung nach Gewalttaten an allen Kasseler Kliniken.
- Ausreichende Finanzierung der Aufklärungsarbeit über die gesundheitlichen und rechtlichen Folgen der Beschneidung bei Mädchen und Frauen.
- Muttersprachliche Beratungsangebote und Begleitung durch Übersetzerinnen bei Ämtergängen für Migrantinnen, die Opfer von Gewalt geworden sind.
- Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit um die Hilfsangebote bekannt zu machen.
- Möglichkeit separater Unterbringung für Flüchtlingsfrauen mit und ohne Kinder, auch in Erstaufnahmeeinrichtungen, um Retraumatisierung zu verhindern. Die Information hierüber muss jeder geflüchteten Frau zugänglich gemacht werden.
- Abbau der Gefährdung von Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit durch entsprechende Maßnahmen wie Frauenparkplätze, beleuchtete Wege etc.
- Kostenlose Sprachkurse für Migrantinnen.

3 Soziale und ökologische Stadtentwicklung

- Wohnen

3.1 Kassel sozial und ökologisch entwickeln

Wir stehen für den sozialen und ökologischen Umbau Kassels. Gesunde Luft, sauberes Wasser, lärmfreies Wohnen und unkontaminierter Boden gehören zu den Lebensgrundlagen. Bei diesen Gütern muss das Gemeinwohl Vorrang vor privaten Verwertungsinteressen haben.

Kassels Stadtentwicklung ist geprägt durch Lippenbekenntnisse zu sozialen und ökologischen Zielen und fortgesetzten Einzelentscheidungen, die diesen Zielen und dem Gemeinwohl zuwider laufen. Mit der fortschreitenden Flächenversiegelung geht Lebensqualität verloren, so werden z.B. Naherholungsgebiete durch Bebauung immer kleiner. Die Stadt fällt weiter auseinander in Vorzeige-Stadtteile und benachteiligte Stadtteile. Brachen werden nicht entwickelt, dagegen sollen neue Flächen erschlossen werden. Die teuerste Fehlinvestition der Stadt ist zur Zeit die Erschließung des Langen Feldes. Während hier mindesten 70 Millionen Euro ausgegeben werden, um neue Gewerbeflächen zu erstellen, versagt die Stadt bei der Entwicklung des Salzmann-Geländes.

Wir brauchen ein langfristiges, vorausschauendes städtisches Entwicklungskonzept, das sich vorrangig an sozialen und ökologischen Zielen orientiert und in verbindliche regionale Absprachen für Kultur, Wohnungsbau, Mobilität und Energieversorgung eingebettet ist.

Alle Planungen müssen die Folgen der Klimaveränderungen einbeziehen. Es muss alles vermieden werden, was die Aufheizung in den innerstädtischen Überwärmungsgebieten verstärkt. Grünzüge bringen Kaltluft in die Innenstadt, großflächige Versiegelungen sind zu vermeiden, die Dächer zu begrünen, Schatten spendende Bäume zu pflanzen.

Wir setzen uns für eine soziale Stadtplanung ein. Die Arbeit der Verwaltung und Gelder müssen vor allem in die benachteiligten Stadtteile investiert werden. Wir wollen verhindern, dass sich ein „Zwei-Klassen-Kassel“ weiter verstärkt.

Alle Stadtteilzentren sind wieder zu stärken. Eine „Stadt der kurzen Wege“ dient den Nachbarn und einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens.

Die Stadtplanung muss sich in allen wichtigen Punkten der öffentlichen Mitwirkung stellen. Dazu gehört eine umfassende und frühzeitige Einbeziehung der Ortsbeiräte. Statt des Flickwerks aus Einzelfallentscheidungen brauchen wir Stadtentwicklungspläne, die durch direkte öffentliche Mitsprache über Leitziele entstehen und die für Magistrat und Verwaltung bindend sind.

Bei Zukunftstechnologien, besonders im Sektor von Energiegewinnung und Mess- und Regeltechnik, ist die Region Kassel gut platziert. Bisher haben hauptsächlich Wirtschaft und Wissenschaft zu diesem guten Stand beigetragen. Um diese Kompetenz regional zu stärken, soll die Stadt Kassel diesen Schwerpunkt durch ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten fördern und politisch vorantreiben. Das kann einerseits durch Planung, Information und Rahmensetzung, andererseits durch die konkrete Umsetzung in den städtischen Gebäuden in Angriff genommen werden.

Wir fordern deshalb:

- Einen langfristigen städtischen Gesamtentwicklungsplan mit sozialer und ökologischer Zielsetzung unter breiter öffentlicher Einwirkung.
- Flächenfraß beenden. Die Bereitstellung von Gewerbe-, Bau- und Verkehrsflächen muss regional abgestimmt werden. Die Stadt muss regionale Lösungen vorantreiben.
- Absoluter Vorrang für die Um- oder Neunutzung vorhandener Baubrachten statt neuer Bauge-

biete. Die Stadt erwirbt Brachflächen zur ökologischen Aufwertung benachteiligter Stadtteile und für sozialen Wohnungsbau.

Keine Ausweitung der Bebauung im Randbereich der Dönche.

- Kommunalen Energie-Plan, der einen Schwerpunkt auf den Ausbau von Nah- und Fernwärme setzt.
- BürgerInnenberatung zur nachhaltigen Energienutzung.
- Umsetzung der technischen Standards in der Bauleitplanung und Planungsvorgaben, z.B. hohe Wärmeschutzstandards, emissionsarme Energieträger und Solarwärmanlagen für Heizung und Brauchwasser sowie Sanierung des großen Altbaubestands.
- Stärkere Berücksichtigung von Energie- und Umweltaspekten im öffentlichen Bereich: zum Beispiel bei der Beschaffung von Bauleistungen, Fahrzeugen, Computern Dienstleistungen etc.
- Weitere Steigerung des regenerativen Energieanteils an Strom- und Wärmeversorgung bei den Städtischen Werken und in der Gebäudebewirtschaftung.
- Entwicklungskonzepte und langfristige Planungen dürfen nicht in der Schublade verschwinden. Regelmäßige öffentliche Berichterstattung über die Umsetzung aller Entwicklungsplanungen.
- Mitwirkung der betroffenen Bürger ermöglichen und fördern. Dazu gehören unter anderem Bürgerforen, Bürgeranhörungen, Bürgerbeiräte, runde Tische, Petitionen, Bürgerinitiativen, Rederecht in Ausschüssen der Stadtverordneten.

3.2 Guter und bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist ein Grundrecht für alle. Günstiger und guter Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen ist für uns ein wichtiges kommunalpolitisches Ziel. Wohnungsspekulationen, Leerstände und Aushöhlung des Mieterschutzes müssen konsequent gestoppt und eingedämmt werden. Der Bau von Wohnungen darf nicht zur Quelle der Bereicherung verkommen.

In den letzten Jahren hat sich der Wohnungsmarkt in Kassel zu Lasten der Menschen mit geringen Einkommen verändert. Es fehlen bezahlbare Wohnungen für Einzelpersonen-Haushalte sowie für Familien. Anstatt gegenzusteuern, hat die Stadt sich auf eine ‚Beobachtung‘ des Wohnungsmarkts beschränkt.

Die Stadt setzt auf private Investoren, die hochpreisige Eigentumswohnungen (in sogenannten Stadtvillen) errichten, sowie auf die Ausweisung neuer Baugebiete für einkommensstarke Bauwillige. Diese Ausweitung von Bauflächen für Wohnbebauung folgt den kurzfristigen Interessen, Flächen im städtischen Eigentum zu vermarkten.

Öffentlich geförderter, sozialer Wohnungsbau wurde dagegen vernachlässigt. Die GWG wird mit Aufgaben betraut, die nicht ihrem Auftrag entsprechen. Auch sie betreibt eine schleichende Privatisierung durch die Umwandlung von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen. Die von der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände unterstützte Kasseler Erklärung „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ vom November 2013 fordert hier eine Kurskorrektur.

Die Zukunft Kassels liegt nicht darin, fortgesetzt neue Flächen für Wohnbebauung zu erschließen. Die Alternative ist, den Schwerpunkt auf städtisches Wohnen zu setzen und dafür im Bestand und mit behutsamer Nachverdichtung die Wohnquartiere zu entwickeln. Die Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus durch genossenschaftliche und öffentliche Wohnungsunternehmen sowie die Sanierung und Verbesserung der Wohnqualität müssen die Schwerpunkte der städtischen Wohnungspolitik werden.

Durch kommunale Eingriffe in den Wohnungsmarkt ist sozialer Aufspaltung vorzubeugen und eine soziale Mischung aller Stadtteile zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund sind die benachteiligten Stadtteile gezielt zu sanieren und die Bewohner an der Gestaltung mit Entscheidungsrechten zu beteiligen. Sanierungen, die zur Verdrängung ärmerer Bewohner führen,

lehnen wir ab.

Zwangsumzüge infolge von Hartz IV rauben Familien und Bürgern den Ort, an dem sie zu Hause sind. Sie verstoßen gegen die freie Wahl des Wohnorts und den Schutz der Privatsphäre. Sie verstärken die soziale Spaltung der Stadt.

Wir fordern deshalb:

Ein *Entwicklungskonzept Wohnen* mit den Zielen:

- Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen bereitstellen.
- Weitere Preissteigerung auf dem Wohnungsmarkt verhindern.
- Bedarf an günstigem barrierefreien Wohnraum decken.
- Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ermöglichen.
- Bedarf an Wohnungen für Studierende decken.
- Vertreibung der bisherigen MieterInnen durch Sanierungen verhindern.
- Soziale Mischung in allen Stadtteilen sicherstellen.
- Öffentlich geförderter Wohnungsbau muss in der Hand von genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnungsunternehmen wiederbelebt und ausgeweitet werden.
- Keine Privatisierung kommunaler, öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften. Die Belgische Siedlung gehört in öffentliche Hand.
- Schleichende Privatisierung beenden. Die GWG muss auf ihren Zweck als öffentliche Wohnungsbaugesellschaft ausgerichtet werden.
- Entschiedenes kommunales Vorgehen gegen Wohnungsspekulation und Wohnungsleerstand.
- Vergabe städtischer Flächen nur in Erbpacht statt durch Verkauf.
- Kein weiterer Ausverkauf ökologisch wertvoller öffentlicher Flächen, Siedlungsverdichtung durch behutsame Nachverdichtung. Keine Wohnbebauung in Dönche-Süd. Stärkung der Ortszentren.
- Vorrang für die Sanierung des Bestandes, einschließlich energetischer Sanierung.
- Programm zur Entwicklung des Wohnens in der Innenstadt, (einschließlich des Entenangers, des Pferdemarkts, des Schillerviertels, des Rückbaus der Kurt-Schumacher-Straße). Aufwertung der Quartiere mit saniertem und bezahlbarem Wohnraum für die jetzigen Bewohner.
- Sicherung und Schaffung menschenwürdigen Wohnraumes für Menschen mit besonderen Anforderungen, z.B. alleinerziehende Frauen und Menschen mit Behinderungen (Barrierefreiheit).
- Keine Zwangsumzüge wegen Hartz IV.

3.3 Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Ziel von Verkehrsplanung muss sein, Mobilität kostengünstig und umweltverträglich zu organisieren und unnötigen Verkehr zu vermeiden. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. Im Mittelpunkt der Verkehrspolitik steht bislang jedoch immer noch als Dreh- und Angelpunkt der PKW-Verkehr. ÖPNV, Radverkehr und FußgängerInnen haben das Nachsehen. Nur eine Stadt, die hier rechtzeitig und energisch umsteuert, wird bei in Zukunft wieder steigenden Ölpreisen den Anforderungen gerecht werden. Der Verkehrsentwicklungsplan 2030 bleibt in seinen Zielen hinter dem zurück, was andere Städte längst erreicht haben.

Der ÖPNV ist attraktiv und preiswert zu gestalten und so auszubauen, dass Verkehr vom PKW auf den ÖPNV verlagert wird. Ziele sind die Vereinfachung der Tarifstruktur, die Verdichtung des Angebotes und eine optimale Erschließung der Innenstadt. Die Straßenbahn muss in der Königsstraße bleiben.

Eine Netzreform der KVG, die nur der Einsparung dient und das ÖPNV-Angebot verschlechtert, statt es zu verbessern, lehnen wir ab. Die Mindestanforderungen des 2014 beschlossenen Nahverkehrsplans müssen eingehalten werden. Die Netzreform muss wenigstens die bescheidenen Ziele des VEP umsetzen.

Zu einem preiswerten ÖPNV gehören die Einführung eines Sozialtickets und weitgehende Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche. Die Schülerbeförderung muss kostenfrei angeboten werden.

Bei der Finanzierung des ÖPNV müssen neue Wege begangen werden. Die indirekten Nutzer wie Handel und Unternehmen müssen an der Finanzierung beteiligt werden. Wir streben langfristig einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an.

Die Stadt muss in allen Bereichen attraktiv für FußgängerInnen werden. Die Überquerung insbesondere von Hauptverkehrsstraßen muss wesentlich erleichtert werden. Beim Radverkehr hinkt Kassel immer noch weit hinter vergleichbaren Städten hinterher. Der Radverkehr muss weiterhin gezielt und verstärkt gefördert werden. Dabei muss in Zukunft auf Billiglösungen verzichtet werden, die Radfahrer in Konflikte mit Fußgängern bringen.

Unser Ziel ist die Reduzierung der Gesundheitsgefährdung durch Lärm und Feinstaub für alle - besonders aber an den Hauptverkehrsstraßen. Hier müssen wirksame Maßnahmen erfolgen, einschließlich Rückbaumaßnahmen und der Ausweisung von Tempo 30 – Abschnitten.

Luftreinhalte- und Lärmaktionspläne dürfen keine Alibis sein. Über die Pläne zur Luftreinhaltung und Lärmvermeidung muss umfassend informiert werden. Sie müssen konkret benannte und wirksame Maßnahmen enthalten, Prioritäten setzen und zeitliche Vorgaben zur Durchsetzung der Maßnahmen machen.

Wir fordern deshalb:

- Die KVG muss wieder ein integriertes kommunales Unternehmen werden, um eine umweltverträgliche und soziale Verkehrsinfrastruktur zu ermöglichen.
- Neue Tram-Strecken für Kassel. Für die Tram-Strecke nach Harleshausen sind die Planungen zügig zu beginnen.
- Tram-Anbindung der Universität am Holländischen Platz nachhaltig verbessern.
- Erstattung der Kosten von NVV-Tickets bei den EinzelhändlerInnen in der Kasseler Innenstadt analog zu deren Erstattung der Parkgebühren.
- Einführung eines Sozialtickets. Preisstopp bei NVV-Tickets und schrittweise und sozial gestaffelte Absenkung der NVV-Tarife in den nächsten fünf Jahren.
- Vorrang für FußgängerInnen und RollstuhlfahrerInnen, Verbesserung der Überwege und der Zugänge zu Bus und Bahn, Barrierefreiheit und akustische Querungshilfen. Mehr Sicherheit für Frauen und Kinder durch geeignete Baumaßnahmen und durch gute Beleuchtung.
- Sanierung und Ausbau des vorhandene Radwegenetzes mit dem Ziel, den Anteil des Radverkehrs deutlich zu erhöhen und die Verkehrssicherheit zu verbessern. Schnelle Radverbindungen entlang der Hauptverkehrsstraßen.
- Neubau von Straßen nur in Verbindung mit Rückbaumaßnahmen und dem Nachweis, dass durch die Maßnahme Verkehr reduziert wird.
- Wirksame Maßnahmen gegen Belastungen durch Lärm und Schadstoffe aus Verkehr, Industrie, Heizung usw. Gültigen Grenzwerte müssen eingehalten werden.
- Initiierung und Erprobung von Tempolimits im Stadtgebiet und Nachtfahrverbote für Lkw.
- Kein teurer Umbau des großen Kreisels am Platz der deutschen Einheit mit Überflieger.

3.4 Öffentlicher Raum für alle

Der öffentliche Raum ist für alle da. Wir brauchen in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren mehr öffentlichen Raum mit genügend Platz für bewegungsfreudige Kinder und Jugendliche, aber auch Raum für Ältere mit dem Bedürfnis nach Ruhe, Entspannung und Kommunikation. Insbesondere fehlen Angebote für Menschen, die unter Armut und sozialer Verelendung leiden. Es fehlt öffentlicher Raum für kulturelle Vielfalt und die Bedürfnisse von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Wir lehnen Maßnahmen ab, die wichtige Bürgerrechte beschneiden: Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Schulhöfen und der Einsatz von Hilfs-, Freizeit- und Privatpolizei führen lediglich dazu, die Kriminalität zu verdrängen. Anstatt Menschen mit Alkoholproblemen mit Polizei und Ordnungskräften zu vertreiben, sind Programme zu entwickeln und zu finanzieren, die den zugrunde liegenden Problemen abhelfen.

Die Tendenzen zur Privatisierung öffentlicher Räume verstärken sich. Die Anzeichen sind auch in Kassel unübersehbar und müssen abgewehrt werden. Hinter derartigen Tendenzen steckt in erster Linie das Interesse des Handels, dem es um die Steigerung der Umsätze und nicht um eine Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität für die StadtbewohnerInnen geht. Wenn solche Entwicklungen parallel gehen zur Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitskräfte, öffnen sich die Tore zu einer kontrollierten Stadtwelt, die wir strikt ablehnen.

Wir fordern deshalb:

- Ausreichend Jugendzentren, Spiel-, Bolzplätze und Skaterflächen, Treffpunkte und kostenfreie Kommunikationsräume.
- Stärkung der Prävention durch soziale Arbeit in allen Problemfeldern.
- Gesundheitsräume für drogenabhängige Menschen.
- Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste oder ehrenamtliche Privatpersonen.
- Der Magistrat unterbindet bzw. unterlässt jede Form von Privatisierung öffentlicher Flächen und Grünanlagen.

3.5 Regionale Kooperation

Stadt, Kreis und Land haben sich in den zurückliegenden Jahren als unfähig beziehungsweise unwillig erwiesen, eine Regionalreform auf den Weg zu bringen. Eine Regionalreform könnte durchaus Sinn machen, entscheidend ist jedoch, dass Kooperation überhaupt auf hohem Niveau und in einer ökologischen und sozialen Standards verpflichteten Form stattfindet. Denn grundlegende kommunale Aufgaben wie Verkehrsplanung, Stadtentwicklung aber auch Bildungsangebote sind nicht mehr in den Grenzen der Stadt, sondern nur noch regional zu erbringen.

Eine erfolgreiche interkommunale Kooperation muss die Lebensbedingungen für alle Menschen in der Region verbessern. Das schafft sie, wenn sie auf der einen Seite regionale Wirtschaftskreisläufe und Strukturen und vorhandene positive Ansätze optimiert und auf der anderen Seite unsinnige, teure und kontraproduktive Konkurrenzen - wie z.B. im gewerblichen Bereich - verhindert. Damit lassen sich wichtige Impulse setzen und Fehlinvestitionen vermeiden. Nicht ein Begriff oder neu geschaffene Verwaltungsstrukturen sind entscheidend für regionale Planungen und Abläufe, sondern die Qualität von Zielen, Vorgaben und nicht zuletzt die Einbeziehung der BewohnerInnen der Region in solche Prozesse.

Für uns ist klar: eine optimierte interkommunale Kooperation muss eine Demokratisierung der beteiligten Verwaltungen einschließen und dem primären Ziel dienen, ein menschenwürdiges Leben für alle BewohnerInnen der Region sicherzustellen. Der Flächenverbrauch insgesamt muss drastisch reduziert, das Überangebot von konkurrierenden Gewerbeflächen muss beendet

und höchste ökologische Standards müssen Basis aller Entscheidungen werden.

Wir fordern deshalb:

- Mehr demokratische Kontrolle – größerer Einfluss der EinwohnerInnen auf die politischen Entscheidungen! Ob nun parlamentarisch oder in Form von Bürgerinitiativen, runden Tischen, Bürgerforen, E-Demokratie und Petitionen.
- Bürgernähe - verbesserte Qualität der Verwaltung aus Sicht der EinwohnerInnen! Die Verwaltung muss den Bürgern dienen und nicht die Bürger der Verwaltung.
- Der Zweckverband Raum Kassel muss gestärkt werden. Die Entscheidungen des Verbandes und sein Handeln müssen transparent werden. Ohne den Nachweis einer Beteiligung der Betroffenen werden keine flächenrelevanten Entscheidungen mehr getroffen.
- Alle Vorhaben der interkommunalen Kooperation müssen vorab daraufhin überprüft werden, dass sie – z. B. im Fall von Verwaltungsfusionen – weder zu Privatisierungen noch zu Personalabbau führen. Auch die Einnahmeseite darf sich nicht verschlechtern.

4 Bildung, Jugend, Kultur, Freizeit und Sport

4.1 Eine zukunftsfähige Politik für Kinder und Jugendliche

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Stadt müssen wahrgenommen und durchgesetzt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Lebensperspektiven und soziale Räume, in welchen sie Mitwirkungsmöglichkeiten nutzen und sich als AkteurInnen ihrer Kultur ausprobieren können. Die Voraussetzung dafür ist der uneingeschränkte Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine ausreichende Anzahl kostenloser Freizeiteinrichtungen.

Wir fordern deshalb:

- Finanzierung von ausreichend kostenlosen Freizeiteinrichtungen unter Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen.
- Kommunale Initiative zur Wiedereinführung des Wahlalters 16 bei Kommunalwahlen.
- Freiraum für Kinder und Jugendliche, z.B. durch den Ausbau und Erhalt von legalen Graffiti-flächen oder Abenteuerspielplätzen.
- Instandsetzung, Erhalt und Neubau kommunaler Spielplätze und kinder- und jugendgerechter Erlebnisräume.
- Finanzierung und finanzielle Unterstützung von kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche wie zum Beispiel Ferienfreizeiten, Ferienspiele, Konzerte, Mitmachangebote usw.

4.1.1 Bildung fängt bei den Jüngsten an

Kinder zu bilden und zu erziehen ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Die Art und Weise, in der wir heute Kindern begegnen, wirkt sich entscheidend darauf aus, wie sie der Welt von morgen gewachsen sein werden – und wie diese Welt aussehen wird. Bildung „von Anfang an“ und Chancengleichheit setzen voraus, dass auch Kinder Zugang zu Bildung haben, deren Eltern sozial und/oder finanziell benachteiligt sind. Gerade dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren kommt hierbei große Bedeutung zu.

Für viele Kinder, die Kindertagesstätten besuchen, wird der Beitrag von der Stadt übernommen. Das ist gut so. Gleichzeitig zeigt dies, dass bei deren Eltern ein derartiger finanzieller Mangel besteht, dass diese sich einen Betreuungsplatz für ihren Nachwuchs nicht leisten können. Für Eltern mit Kindern unter 3 Jahren gibt es nur in Ausnahmefällen eine Kostenübernahme. Dies benachteiligt besonders Kinder mit Migrationshintergrund, denn Sprachförderung kann unter drei Jahren noch spielerisch geschehen.

Wir fordern deshalb:

- Kostenlose KiTa und Krippenplätze für alle Kinder im Wohnumfeld in dem von den Eltern gewünschten Umfang (halb- oder ganztags).
- Zügiger Ausbau der Kindertageseinrichtungen, in denen eine qualifizierte Förderung durch pädagogisches Fachpersonal für alle gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab.
- Anhebung der Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst. Ausbildung und Fortbildung müssen verbessert werden.
- Die Stadt Kassel muss sich für eine Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes einsetzen.
- Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Kinder, nicht an den Bildungsansprüchen der Erwachsenenwelt orientieren.

- Eine Qualitätssicherung und -verbesserung im Vorschulbereich zur Förderung eines gerechten sozialen Miteinanders durch Integration, interkulturelles Lernen und der Förderung der Sprachfähigkeit.
- Emanzipative und spielerische Konzepte, die unterschiedlichen Anforderungen der Vorschul-erziehung gerecht werden und die alle Beteiligten mit einbeziehen.
- Eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Vorschul-erziehung und der Schulerziehung, um einen ganzheitlichen Ansatz in die Schulen zu tragen.
- Regelgruppen im Kindertagesstättenbereich von 20 Kindern mit zwei Fachkräften – perspektivisch eine Regelgruppengröße von 15 Kindern mit zwei Fachkräften.
- Gruppen mit Kindern unter drei Jahren oder erhöhtem Förderungsbedarf müssen kleiner sein und mit mehr Personal ausgestattet werden.
- Gesunde und kostenlose Verpflegung unter Berücksichtigung verschiedener Ernährungskonzepte.
- Die Einrichtung von Spielplätzen mit hochwertigem Betreuungsangebot und die verstärkte Ausweisung von Spielstraßen (verkehrsberuhigten Zonen) in Wohngebieten.

4.1.2 Schule für Toleranz und individuelle Förderung

Die soziale Herkunft bestimmt in keinem anderen Industriestaat die Bildungs- und Berufschancen stärker als in Deutschland. Die Schulpolitik der letzten Jahre hat diesen Zustand nicht verbessert. Auch in Kassel zeigt sich diese Ungerechtigkeit: Kinder aus ärmeren Stadtteilen haben deutlich geringere Chancen auf schulische und berufliche Erfolge als Kinder aus wohlhabenden Stadtteilen.

Die schulische Bildung in Hessen ist Landessache. Die jetzige Schwarz-Grüne Landesregierung hält an einem Schulsystem fest, das auf Selektion, abprüfbares Wissen und so genannte „Kernkompetenzen“ hin ausgerichtet ist.

Seit 2015 ist die Stadt Kassel „Modellregion“ für die schulische Inklusion, dem gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten SchülerInnen. Dieses Projekt erweckt den Eindruck, als wären Schulen Orte, die die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten und Persönlichkeitsentwicklung frei ermöglichen und in die behinderte SchülerInnen nur endlich „eingeladen“ werden müssten. Das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichen Alters und Entwicklungsstandes, mit körperlichen und geistigen Besonderheiten und auch unterschiedlicher sozialer Herkunft wird jedoch schon durch das mehrgliedrige Schulsystem institutionell unterbunden. Zudem sind die Prozesse in den Schulen ausgerichtet auf Leistung und Konkurrenz untereinander und einer größtmöglichen Anpassung an den Arbeitsmarkt und dienen damit einem ökonomischen Verwertungsinteresse. Dem können auch engagierte LehrerInnen und alternative Schulkonzepte nur wenig entgegensetzen. In die Ausgrenzung von SchülerInnen, die nicht in dieses Leistungssystem passen, sollen nun auch behinderte Kinder und Jugendliche aufgenommen werden. Solange diese Ausgrenzungsdynamik weiter tabuisiert wird, gibt es für nichtbehinderte und behinderte SchülerInnen keine echte Inklusion. (Erkennbar ist dies auch an den Vereinbarungen mit dem Land Hessen, die keinerlei zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte im gemeinsamen Unterricht vorsehen. Die Eckpunkte, nach denen Inklusion in Kassel umgesetzt werden soll, machen deutlich, dass bei uns wie auch in den anderen hessischen Modellregionen eine Sparlösung zum Einsatz kommt.) Dies lehnen wir ab. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Dort, wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, werden wir uns für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch inklusive Gemeinschaftsschulen ersetzt. Wir stehen für ein anderes Schulkonzept und unterstützen die Bewegung und die Kämpfe von SchülerInnen und Studierenden, Eltern und LehrerInnen für eine bessere Ausstattung der Bildung und einer Schule für alle.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen

Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen, muss zum Standard jeder Schule gehören. Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von Eltern Schulgeld verlangen, lehnen wir ab. Solche Schulen stehen im krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle. SchülerInnen müssen über Angebote im freizeitpädagogischen Bereich, Berufswahlförderung und Beratung in Konflikt- und Problemsituationen in ihrer persönlichen Entwicklung gestützt und gefördert werden. Um sie an demokratische Prozesse heranzuführen, soziales und politisches Lernen sowie bspw. eine gewaltfreie Streitkultur im Schulalltag zu verankern, ist der Ausbau der Schulsozialarbeit von wesentlicher Bedeutung. Voraussetzung für eine gelingende Beziehungsarbeit in diesem Bereich ist es, langfristig ansprechbare Bezugspersonen an den Schulen zu haben, zu denen die SchülerInnen ein Vertrauensverhältnis aufbauen können und die in die Lage versetzt werden, pädagogische Angebote über den Tag hinaus zu entwickeln. Zu beobachten ist jedoch, dass gerade an Schulen, die mit vielfältigen sozialen Problemen zu kämpfen haben – so an der Schule Hegelsberg, der Carl-Schomburg-Schule und der Offenen Schule Waldau – SchulsozialarbeiterInnen mit befristeten Stellen beschäftigt werden, die noch dazu nicht direkt bei der Stadt, sondern bei der JAFKA bzw. deren ausgelagerter Tochterfirma StadtBild angesiedelt sind. Die anhaltende Arbeitsplatzunsicherheit in prekären befristeten Stellen führt jedoch zu einer hohen Fluktuation, die sich auf die soziale Arbeit an der Schule nur ungünstig auswirken kann. Es kann nicht sein, dass SchülerInnen in prekären Lebenslagen von SozialpädagogInnen in ebenso prekären Beschäftigungsverhältnissen betreut, unterstützt und beraten werden. Wir treten daher für mehr Stellen sowohl für die allgemeine Schulsozialarbeit als auch für die Übergangsbewältigung von der Schule in den Beruf ein und zwar unbefristet und direkt bei der Stadt Kassel. Weiterhin fordern wir besondere Maßnahmen zur Integration und Inklusion von SchülerInnen mit besonderen Problemlagen.

Wir wollen eine Schule für alle, frei von Militarismus und neoliberalen Wirtschaftsdenken. Deshalb verwahren wir uns dagegen, dass der Bundeswehr, dem Internetportal „Wirtschaft und Schule“ mittels kostenfreien Unterrichtsmaterialien und den Projekten der Bertelsmann-Stiftung ein exklusiver Zugang zu den Schulen verschafft werden soll. Wesentliches Ziel der kommunalen Schulpolitik muss es sein, der Landespolitik etwas entgegenzusetzen und einen Ausgleich für die vielfältigen Benachteiligungen zu schaffen, unter denen ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen aufwachsen muss. Die Lebenssituation von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund ist besonders zu berücksichtigen. Zunehmend finanzieren sich Schulen aus privaten Mitteln (Elternspenden und Sponsoring). Dies verstärkt die soziale Ungleichheit und untergräbt die Reste von Chancengleichheit. Schulen mit einkommensstarker Elternschaft werden bevorzugt, die Schulen der Armen benachteiligt. Die Stadt Kassel hat als Schulträger die Verantwortung, die Qualität aller Schulen zu sichern. Dazu gehören der Erhalt und der Ausbau der Gebäude sowie deren Ausstattung nach den Bedürfnissen von SchülerInnen und Lehrenden.

Wir fordern deshalb:

- Durchlässigeres Bildungssystem und bessere Chancen auf lebenslanges Lernen.
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, hin zu einer wohnortnahen Bildung aller SchülerInnen in inklusiven Gemeinschaftsschulen – eine Schule für alle.
- Ausbau der Schulsozialarbeit durch unbefristete Stellen direkt bei der Stadt Kassel mit dem Ziel, Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Toleranz für alle zu fördern.
- Ausstattung aller inklusiv unterrichtenden Schulen mit einer sozialpädagogischen Fachkraft proportional auf drei Schulklassen zusätzlich zum bestehenden Förderbedarf.
- Tarifliche Bezahlung im gesamten Bildungsbereich (z.B. auch SchulassistentInnen), angelehnt an den Tarifvertrag öffentlicher Dienst.
- Regelmäßige kostenlose Fortbildungsangebote für die KollegInnen in der inklusiven Beschulung.
- Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Eltern, die über die unterschiedlichen

Möglichkeiten schulischer Inklusion berät.

- Ausstattung aller Schulgebäude nach barrierefreien Standards.
- Garantie fester Öffnungszeiten und eines öffentlich finanzierten und pädagogisch qualifizierten Angebots zur Nachmittagsbetreuung an allen Schulen.
- Recht auf eine kostenlose warme Mahlzeit am Tag für alle SchülerInnen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ernährungsgewohnheiten.
- Übernahme der Fahrtkosten für Klassenfahrten, Schulweg und Schulausflüge für alle SchülerInnen.
- Ausbau von Schulzentren zu Lebensmittelpunkten durch Anbindung von Bibliotheken, Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten sowie die Möglichkeit, Räume unbürokratisch für Initiativen anmieten zu können.
- Schnellere Sanierung von Schulgebäuden in enger Absprache mit den SchülerInnen und Lehrenden.
- Keine 1-Euro-Jobs im Bildungsbereich, stattdessen zusätzliche Stellen zu tarifvertraglich geregelten Bedingungen, zum Beispiel bei der Hausaufgabenbetreuung, bei Bibliotheksverwaltung und Cafeteriabetrieb.
- Schulen müssen öffentlich so finanziert werden, dass sie nicht auf private Spenden und Sponsoring angewiesen sind.

4.1.3 Politische Bildung ist gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe

Gerade im Bereich der außerschulischen Bildung ist es wichtig, dass die Kommune Bildung als ihre Aufgabe wahrnimmt. Kommunale Entscheidungen betreffen die Lebenswelt der Menschen meist direkt, deshalb eröffnen sich in diesem Feld viele Möglichkeiten der politischen Bildung, idealerweise durch Beteiligung der BürgerInnen am politischen Prozess. Nur so kann allen BürgerInnen die Möglichkeit gegeben werden, sich aus eigenem Antrieb in den politischen Prozess einzubringen. Das Ziel politischer Bildung sollen mündige Menschen sein. In der Verfügung zur projektorientierten Kinder- und Jugendbeteiligung verpflichtet sich die Stadt Kassel dazu, Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, zu beteiligen. Projektorientierte Beteiligung bedeutet, dass junge Menschen jeweils anlassbezogen in die Entscheidungsfindung kommunaler Angelegenheiten einbezogen werden. Es ist nicht transparent, wie viele junge Menschen in welchem Alter an Beteiligungsprojekten in Kassel teilgenommen haben. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, welche sozialen Hintergründe die Teilnehmenden haben. Freie Träger, Verbände und Vereine konkurrieren um die ohnehin knappen finanziellen Mittel, die die Stadt zur Verfügung stellt. Viele Aufgaben werden von prekär Beschäftigten wahrgenommen oder als ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt. Ohne die ausreichende Finanzierung von Beteiligungs- und Bildungsprojekten ist keine kontinuierliche, vielfältige und qualitativ hohe Beteiligung junger Menschen möglich. So wird die Chance verpasst, einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten.

Wir fordern deshalb:

- Kinder und Jugendbeteiligung muss grundsätzlicher Bestandteil im politischen Entscheidungsprozess und in der Verwaltung der Stadt sein.
- Die Beteiligungsprojekte in der Stadt müssen transparent sein und ihre Wirksamkeit überprüft werden.
- Kinder und Jugendliche müssen intensiver an der Planung kommunaler Vorhaben beteiligt werden.
- Außerschulische politische Bildung muss als kommunale Aufgabe wahrgenommen werden. Die Finanzierung freier Träger muss durch städtische Mittel ermöglicht und gesichert werden.

4.2 Ausbildungsplätze schaffen, Übernahme sichern, Zukunft fördern!

Arbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze sind für Jugendliche in Kassel immer noch eine beängstigende Realität nach dem Ende ihrer Schulzeit. Die Stadt und die städtischen Betriebe haben daher eine besondere Verantwortung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

In vielen städtischen Betrieben werden die Auszubildenden nach der Ausbildung nicht übernommen. Im Klinikum Kassel konnte u.a. durch kontinuierliche Kampagnenarbeit die Übernahme fast aller Auszubildenden nach dem Examen erreicht werden. Eine Übernahmegarantie gibt es noch längst nicht, diese ist jedoch notwendig, um jungen Menschen in Kassel eine Perspektive anbieten zu können. Deshalb unterstützen wir nach wie vor den Kampf der Auszubildenden am Klinikum Kassel und in allen anderen Kasseler Betrieben für die unbefristete Übernahme in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf und treten für die zusätzliche Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen zu tarifvertraglichen Bedingungen ein. Ausbildung schafft Perspektiven und Einstiegsmöglichkeiten für junge Menschen in die Berufswelt.

Allerdings müssen wir festhalten, dass die Betriebe nur denjenigen jungen Menschen eine Ausbildungsstelle anbieten, die von vornherein besonders qualifiziert sind und so möglichst „kostenneutral“ als normale Arbeitskraft eingesetzt werden können. Als Ausrede wird häufig die nicht vorhandene Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen herangezogen. Appelle von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretern verhallen viel zu oft unbeachtet. Die verfehlte Bildungspolitik, das dreigliedrige Schulsystems und soziale Ungerechtigkeit darf jungen Menschen nicht zum Nachteil bei der Berufswahl werden. Deshalb dürfen Schulabschlüsse kein alleiniges Auswahlkriterium sein und Betriebe müssen bereit sein, mehr als den gerade notwendigen Aufwand zu betreiben um Inhalte erfolgreich zu vermitteln.

Betriebe und Verwaltungen profitieren in hohem Maße von gut ausgebildeten Fachkräften. Aus diesem Grund kann auch erwartet werden, dass Anstrengungen unternommen werden, Defizite auszugleichen, die junge Menschen aus verschiedenen Gründen mit in die Ausbildung bringen. Städtische Betriebe sollten hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

Wir fordern deshalb:

- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf bei den städtischen Betrieben.
- Erhöhung der Ausbildungsquote bei den städtischen Betrieben auf 10% der Beschäftigten als ersten Schritt zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze.
- Private Unternehmen dürfen nur kommunale Aufträge erhalten, wenn sie - neben anderen sozialen und ökologischen Kriterien – auch Ausbildungsstandards einhalten.
- Über eine Ausbildungsplatzabgabe im Rahmen der Gewerbesteuer sollen Unternehmen, die nicht ausbilden, steuerlich sanktioniert werden.
- Keine Umgehung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel durch die Verlagerung regulärer Ausbildungsplätze in gemeinnützige Ausbildungsgesellschaften oder durch falsche Eingruppierung junger Beschäftigter unterhalb ihrer ausgeübten Tätigkeit.
- Durchsetzung des Verbots ausbildungsfremder Tätigkeiten in den kommunalen Betrieben. Durch Betriebsvereinbarungen muss den städtischen Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein Kontrollrecht eingeräumt werden.
- An Berufsschultagen müssen die bei städtischen Betrieben angestellten Azubis von der betrieblichen Arbeit befreit werden.
- In allen städtischen Betrieben müssen Haupt- und RealschülerInnen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den gesamten Schulabgängern eines Jahrgangs eingestellt werden
- Städtische Betriebe sollen ihren Azubis Unterstützungsleistungen (z.B. Nachhilfe) zur Verfü-

gung stellen.

- Städtische Betriebe müssen eine Lehr- und Lernmittelfreiheit garantieren.

4.3 Kultur und Freizeit

Kultur- und Freizeitangebote sind eine unverzichtbare Grundlage unseres Zusammenlebens. Kultur ist ein Grundbedürfnis des Menschen und damit ein Wert an sich. Kultur muss für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. In einer Stadt wie Kassel, die seit Jahrhunderten geprägt ist von der Zuwanderung von Menschen unterschiedlichster Herkunft, ist Kultur der Mittler für Begegnung und wechselseitigem Verständnis. Sie darf nicht nur als Wirtschaftsfaktor gesehen werden, dank Documenta liegt die Verbindung zwar nahe, jedoch sollte Kultur mehr leisten und bieten. Kultur schafft Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, mit der Gegenwart und eröffnet eine gemeinsame Zukunft. Nicht nur auf passiver Ebene, auch Ermutigung und Unterstützung in allen sozialen Schichten zur eigenen Entwicklung der Kreativität und Kultur soll gefördert werden.

Unser zentrales Anliegen ist die Demokratisierung der Kultur und damit das Einbeziehen der vielen Initiativen, Projekte, Vereine und freien Gruppen in eine kontinuierliche, finanzielle Förderung.

Kassel hat, wie auch andere hessische Großstädte, das Problem, dass Kunst und Kultur zu großen Teilen unter der Organisationshoheit des Landes stehen und nur mittelbar durch die Stadt gestaltet wird. Unter Landeshoheit stehen bspw. Schloss und Park Wilhelmshöhe, Orangerie und Aue, Landesmuseum, Tapetenmuseum und Staatstheater. An Letzterem ist die Stadt jedoch kostenmäßig beteiligt. Was anderenorts selbstverständlich ist, eine vergünstigte gemeinsame Eintrittskarte für alle Kultureinrichtungen, ist in Kassel nicht in Sicht. Land und Stadt agieren aneinander vorbei. Eine Einbindung in die Stadtentwicklung wird verweigert. Die politische Konzeptlosigkeit der Stadt spiegelt sich folglich auch in der Kulturpolitik.

Die maßgebliche Linie in der Kulturpolitik von Kämmerer und OB lautet: Prestigeprojekte fördern und dann vermarkten. Inhalte sind dabei zweitrangig. Hier kann man unser neues Prädikat „Weltkulturerbe“ Schloss und Park Wilhelmshöhe, aber auch die Grimmwelt nennen. Großprojekte, die Kassel neben der documenta für BesucherInnen interessant machen sollen, um weiteren Kulturtourismus zu fördern.

In Kassel findet sich eine große und vielschichtige Kulturszene. Kunsthochschule, Staatstheater und Musikakademie sind hier maßgebliche Institutionen. Für eine kulturelle Stadtentwicklung ist eine konsequente Unterstützung und Entwicklung der gesamten Kulturlandschaft geboten. Eine sinnvolle Industriebrachennutzung und Umwandlung, wie beim Kulturzentrum Schlachthof, wäre auch bei der Salzmannfabrik sinnvoll und möglich gewesen. Die besondere Unterstützung und Finanzierung der Kulturstandorte muss in Zukunft zu einem Schwerpunkt der Kulturpolitik werden. Neben den offiziellen Kulturangeboten haben sich Orte wie Henschelgelände, Kulturbahnhof oder Salzmann und Vereine und Gemeinschaften über viele Jahre, ohne wesentlichen kommunalen Beitrag, zu festen Institutionen des städtischen Kulturlebens entwickelt. Diese müssen erhalten bleiben. Die Stadt muss sich für die Standortsicherung der bestehenden Initiativen einsetzen. Alle von der Stadt (mit)finanzierten Institutionen sind von massiven Mittelkürzungen bedroht. Die Kulturfinanzierung für freie Kulturanbieter und Initiativen verharrt seit vielen Jahren auf einem nahezu eingefrorenen Niveau. Zuwächse im Kulturetat werden schwerpunktmäßig für vertraglich vereinbarte Tarifsteigerungen und neue Großprojekte in den Haushalt eingestellt. Die zukünftigen Steigerungen im Kulturetat sollen transparent und anteilig fest vereinbart auch den sonstigen Kulturszenen, Institutionen, Initiativen und Projekten zugutekommen. Dies ist in einem zukunftsfähigen prozentualen Verhältnis im Sinne der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit im Kulturetat zu vereinbaren und vom Kulturamt im Dialog mit den Trägern auf Antrag zu vergeben.

Viele Kultur- und Freizeitangebote in unserer Stadt werden nur durch ehrenamtliche Arbeit

ermöglicht. Soziokulturelle und integrative Breitenarbeit, vor allem unter Einbeziehung von Jugendlichen und Kindern, droht zu scheitern, weil selbst kleine Beträge oft verweigert werden.

Ein Kulturdezernat, das einem Magistratsmitglied zusätzlich angegliedert ist, ist schwer vereinbar mit der Fürsorge für die Kulturentwicklung aller Kulturszenen. Diese bundesweit kritisierte Situation führt auch in Kassel zu einer nachhaltigen Schieflage, da Zeit und Ressourcen für Kulturpolitik verloren gehen.

Wir fordern deshalb:

- Förderung der Vielfalt der lebendigen Kasseler Kulturszene.
- Verbindliche vertragliche Sicherungen der städtischen Kostenbeteiligung für bisher unterstützte Initiativen und Vereine. Haushaltsmäßige Absicherung eines Postens für neue Kulturaufgaben und eine demokratische Entscheidung über die Mittelvergabe.
- Förderung von Kultur- und Kommunikationsinitiativen in großen Wohngebieten unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen, Kindern, Jugendlichen und MigrantInnen. Für einen ergebnisoffenen „Dialog der Kulturen“.
- Sicherung im Bestand und Ausbau der Stadtteilbüchereien, Rücknahme der durchgeführten Schließungen.
- Keine Gebührenerhöhungen für öffentliche Kultureinrichtungen.
- Gemeinsame, vergünstigte Eintrittskarte für alle Kulturinstitutionen in Kassel, wie sie in anderen Städten schon bestehen.
- Einführung eines Sozialpasses, der Erwerbslosen, Geflüchteten und sozial benachteiligten Menschen den kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Kultureinrichtungen ermöglicht.
- Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden und Kultureinrichtungen.
- Kulturorte in den Stadtteilen nachhaltig stärken.
- Gleichberechtigte Berücksichtigung von Vereinen, Initiativen und Anbieter der freien Kunst- und Kulturszene bei den Zuwächsen im Kulturretat.
- Ein eigenständiges Kulturdezernat.

4.4 Breitensport fördern

Als Kasseler Linke wollen wir die positiven Tendenzen zu mehr Sport und Bewegung fördern. Wir setzen uns für die verstärkte Förderung des Freizeit- und Breitensports ein. Die Selbstorganisation der Sporttreibenden in Vereinen oder auch in informellen Zusammenschlüssen ist zu fördern. Die schwarzen Löcher im Haushalt von Kassel dürfen nicht dazu führen, dass Sportstätten geschlossen oder trockengelegt werden. Die Politik darf sich nicht aus ihrer sportpolitischen Verantwortung stellen.

Wir fordern deshalb:

- Mehr Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Dazu muss die Stadt Kassel die entsprechenden Voraussetzungen schaffen und erhalten. Jugendsportliche Aktivitäten sind nicht durch Verbotsverfügungen zu behindern.
- Angebote für alle Arten des Breiten- und Schulsportes müssen ausgeweitet werden.
- Sportangebote für Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert, kostenlose Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen angeboten werden.
- Sportarten aus den Herkunftsländern von MigrantInnen sind zu pflegen und fördern.
- Sicherung der städtischen Kostenbeteiligung für bisher unterstützte Vereine und Sportgemeinschaften.
- Städtische Unterstützung der Fansozialarbeit.

5 Flucht und Migration

5.1 Refugees Welcome

Den vielen Menschen, die aus den verschiedensten Gründen auf der Flucht sind, sollte unabhängig davon, ob sie nun vor politischer Verfolgung, Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit oder den Folgen des Klimawandels fliehen, die Möglichkeit eines Neuanfangs in Deutschland geboten werden. Die Stadt Kassel hat hierbei eine besondere Verantwortung, sich insbesondere für die Menschen stark zu machen, die vor Krieg und bewaffneten Konflikten auf der Flucht sind. Als Standort mehrerer Rüstungsunternehmen trägt die Stadt Verantwortung für die Auswirkungen der Waffenverkäufe und daher gegenüber denen, die durch die Kriege und bewaffneten Konflikte weltweit vertrieben werden.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sollte man sich besonders bei der Aufnahme von Geflüchteten engagieren. Die Anzeichen für eine Vergrößerung der Flüchtlingsbewegung nach Europa waren seit mehreren Jahren absehbar und man hätte sich bereits vorbereiten können, um den Ankommenden menschenwürdige Unterkünfte sowie ein besseres Angebot an Integrationsmöglichkeiten bieten zu können. Stattdessen hat man sich auf allen Ebenen dafür entschieden, Gelder bereitzustellen, um die Außengrenzen der Europäischen Union mit Grenzbefestigungen abzuschotten und die Einreise so schwer wie möglich zu machen. Dieses Vorhaben ist aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil keine Gesetze und keine noch so starken Grenzkontrollen die Flüchtenden daran hindern würden, nach einem sicheren und besseren Leben zu suchen. Die Grenzschutzmaßnahmen tragen lediglich dazu bei, die Menschen zu kriminalisieren und ihnen einen legalen Weg nach Europa zu verschließen. Gleichzeitig werden dadurch die Routen immer gefährlicher, da die Menschen auf Schleuser angewiesen sind, die durch die erhöhten Grenzschutzmaßnahmen und Kontrollen zu immer riskanteren Wegen gezwungen werden. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, eine Willkommenskultur zu pflegen und der historischen Verantwortung, die die europäischen Staaten aufgrund ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interventionen, aber auch als freiheitliche demokratische Staaten haben, gerecht zu werden.

Wir begrüßen sehr das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten. Dies muss weiter gefördert und gestärkt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass es trotz der sogenannten Schuldenbremse möglich ist und auch sein muss, Gelder für konkrete Bedürfnisse zu mobilisieren.

Im Sinne einer Willkommenskultur sollten die Geflüchteten nicht nur auf eine mehrsprachige Ausländerbehörde zurückgreifen können. Außerdem sollte es auch genügend qualifizierte Kräfte in Schulen und Kitas geben und der Zugang zu Ausbildung und Arbeit erleichtert werden, um eine Integration zu ermöglichen.

Wir fordern deshalb:

- Stadtpläne und Informationsblätter über die wichtigsten Sozialeinrichtungen in den unter den Geflüchteten am weitesten verbreiteten Sprachen.
- Aufstockung der Schulsozialarbeit, um eine Integration der Geflüchteten zu ermöglichen.
- Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen.
- Verlässliche und dauerhafte Mehreinstellungen im Bereich des Jugendamtes.
- Kostenlose Sprachkurse für alle.
- Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete, die ihnen ohne bürokratischen Aufwand und die vorherige Genehmigung des Sozialamtes Arztbesuche ermöglicht.
- Einführung eines Sozialtickets, damit Geflüchtete, Transferleistungsempfänger und Geringverdiener am Mobilitätsangebot der Stadt teilhaben können.
- Gasthörerschaft an der Universität Kassel für die Geflüchteten.

- Mehrsprachige Ansagen im ÖPNV und mehrsprachige Dokumente im Sozialamt.
- Dezentrale Unterbringung der Geflüchteten durch Nutzung von Leerstand und durch einen sozialen Wohnungsbau, der für alle bezahlbaren Wohnraum schafft.

5.2 Unabhängig von der Herkunft: Gleichberechtigung für alle – Gemeinsam sind wir Kassel!

Kassels Geschichte ist seit Jahrhunderten geprägt von Ein- und Auswanderung. Das ist ein normaler gesellschaftlicher Zustand. Gerade in Zeiten der globalen Mobilität wird unsere Stadt weiterhin von Ein- und Auswanderung betroffen sein. Es werden weiterhin Menschen in unsere Stadt kommen, die unsere Hilfe brauchen, aber zugleich mit ihrer Anwesenheit auch eine Bereicherung für unsere Stadt sein können.

Doch uns ist auch bewusst, dass ein angemessenes Reagieren auf migrationspolitische Herausforderungen in den letzten Jahren schwieriger geworden ist. Dazu tragen verschärfte ökonomische Bedingungen des neoliberalen Umbaus, die Erosion sozialstaatlicher Errungenschaften und die in letzter Zeit entstandenen rechtspopulistischen Tendenzen bei. Die Probleme des Integrationsprozesses wurden vielfach auf „Sicherheitsprobleme“ reduziert. MigrantInnen müssen gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte bekommen und in Kassel in die politischen Entscheidungen miteinbezogen werden. Die Grundlage des Zusammenlebens ist für uns die gegenseitige Akzeptanz. Das heißt für uns auch, gegen gesellschaftliche Vorurteile und Rassismus anzukämpfen und gleichzeitig gesellschaftliche Probleme wie z.B. Sozialabbau oder Erwerbslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen. Im Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit dürfen sich Alteingesessene und NeubürgerInnen, Deutsche und MigrantInnen nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wir fordern deshalb:

- Förderung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit bereits in den Kindergärten.
- Unterricht in der Sprache der Herkunftsländer der Eltern oder Großeltern als freiwilliges Angebot in Grundschulen und in den weiteren Schulabschnitten.
- Fördermittel für den Deutschunterricht für MigrantInnen müssen aufgestockt werden.
- Öffnung und Finanzierung der gesetzlichen Integrations- und Sprachkurse für AsylbewerberInnen und geduldete AusländerInnen.
- Beschäftigungsförderung, Qualifizierung und Integration müssen miteinander verbunden werden.
- Bevorzugte Einstellung von MitarbeiterInnen in der Stadtverwaltung und in öffentlich geförderten Institutionen, die die Sprachen der MigrantInnen beherrschen.
- Einsatz von DolmetscherInnen für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung.
- Erweiterte Förderung der Beratungsstellen für MigrantInnen und der Flüchtlingssozialarbeit.
- Förderung der sozialen Selbstorganisation von MigrantInnen und die Bereitstellung öffentlicher Räume als Treffpunkte für Frauen.
- Bereitstellung eines die Menschenwürde respektierenden Platzes für reisende Sinti und Roma.

5.3 Entscheidungsspielräume nutzen

Gesetze und Verordnungen für AusländerInnen werden in Berlin und Wiesbaden gemacht. Aber die Stadt hat erhebliche Entscheidungs- und Handlungsspielräume. Die Ausländerbehörde in Kassel arbeitet immer noch nach dem Gesichtspunkt der Abwehr von Fremden, die als eine potenzielle Gefahr betrachtet werden. Auch diese diskriminierende Ausländerpolitik bereitet in

unserer Stadt den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus.

Viele Initiativen und Gruppen fordern mehr Rechte, Emanzipation und Selbstbestimmung für MigrantInnen. Deshalb unterstützt die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit die Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz, das MigrantInnen gegen alltäglichen Rassismus und gegen Ausgrenzung schützt. Wir befürworten ein Wahlrecht für alle Menschen mit Wohnsitz in Kassel, ob mit oder ohne EU-Pass! Wir fordern eine Bleiberechtsregelung für schon lange in Deutschland lebende Flüchtlinge!

Wir fordern deshalb:

Einrichtung einer/eines Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Stadt in Anlehnung an die bestehende EU-Richtlinie.

Ausbau des Ausländerbeirates zu einer kommunalen Selbstvertretung der MigrantInnen mit mehr Rechten und Befugnissen.

Stopp aller Ausweisungen und Abschiebungen aus Kassel.

Erleichterte Zustimmung zur Visaerteilung bei der Familienzusammenführung und bei Einladungen für BesucherInnen aus dem Ausland.

Besondere Schutzgewährung für von Gewalt bedrohte MigrantInnen ohne eigenes Aufenthaltsrecht.

- Verzicht auf Strafanzeigen gegen AusländerInnen, die nach illegaler Einreise ihren Aufenthalt legalisieren wollen.

5.4 Konsequent gegen Nazis, Antisemitismus und Rassismus

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen der rassistischen Organisationen gegen Moscheen. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen – den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

Kassels Rüstungsgüter halfen den deutschen Truppen bei der Verwüstung Europas. In Kassel prägt nach wie vor eine große Erinnerungsstätte an die TeilnehmerInnen deutscher Vernichtungs- und Raubzüge in Europa das Erscheinungsbild der Aue. Trotz verschiedener Bemühungen zur Ehrung und Erinnerung der nach Kassel verschleppten und zu Tode gekommenen ZwangsarbeiterInnen und trotz einer antifaschistischen Gedenkkultur gibt es wenig exponierte Gedenkstätten, die an dieses Kapitel der Kasseler Geschichte erinnern.

Deutschland sieht sich zu gern als Weltmeister in Erinnerungs- und Gedenkkultur. Wie sich jedoch die Kasseler SPD nach dem nicht mehr zu leugnenden Bekanntwerden der Verstrickungen früherer SPD-Oberbürgermeister in die nationalsozialistische Terrordiktatur aufführt, kommt einem blamablen Trauerspiel gleich. Statt jetzt endlich und konsequent die 12 Jahre Nazidiktatur in Kassel aufzuarbeiten, ungerechtfertigte Ehrungen abzuerkennen und statt dessen verdiente

Kasseler JüdInnen und/oder AntifaschistInnen zu ehren, soll die schöne, neue Unterneustadt-Brücke den Namen von Karl Branner behalten. Das darf nicht sein.

Wir fordern deshalb:

- Aktive antifaschistische Aufklärung an den Schulen.
- Unterstützung und Förderung der Arbeit der in Kassel aktiven antifaschistischen und antirassistischen Initiativen.
- Pflege, Erhalt und Förderung regionaler Gedenkort der Opfer des faschistischen Terrors, insbesondere auch der ermordeten Kasseler BürgerInnen jüdischer Herkunft und Glaubens und der ermordeten Sinti und Roma.
- Öffentliche Diskussion der Übergriffe und Aktivitäten neofaschistischer Kreise und eine klare Zurückweisung von antisemitischen Aktivitäten, Äußerungen und Stimmungen.
- Keine öffentlichen Räume für rechtsextremistische Parteien, Vereine und Gruppierungen.
- Konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten.
- Regelmäßige Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über rechtsextremistisch motivierte Vorfälle und Straftaten.
- Umbenennung der Karl - Branner - Brücke nach einer verdienten Kasseler Persönlichkeit, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurde und/oder aktiv gegen die Nazis gekämpft hat.

6 Für eine demokratische und solidarische Kommune

6.1 Erleichterungen für Behinderte im öffentlichen Raum

Die demokratische Qualität einer Gesellschaft lässt sich auch am Umgang mit Minderheiten ermes- sen.

Lebensrisiken und die Folgen von Handicaps dürfen nicht individualisiert werden. Eine aktive Politik zum Ausgleich von Benachteiligungen muss zentrales Anliegen der Stadt sein. Bauliche und technische Maßnahmen für Gehbehinderte und RollstuhlfahrerInnen müssen gewährleisten, dass diese alle öffentlichen Räume und Verkehrsmittel nutzen können.

Barrierefreiheit heißt auch Zugang zu allen öffentlichen Informationen für Blinde und die Bereitstellung von GebärdendolmetscherInnen für Sprach- und Hörbehinderte sowie die Benutzung der einfachen Sprache bei Formularen, um ein besseres Verstehen durch die Behinderten zu gewährleisten.

In diesem Sinne werden wir die Forderungen der lokalen Gremien selbstorganisierter Betroffe- ner, wie z.B. die Forderung nach bevorzugter Einstellung von Behinderten in städtischen Ein- richtungen und die Förderung ihres selbstbestimmten Lebens, unterstützen.

Wir treten für die Förderung selbstbestimmter Strukturen von Menschen mit Behinderung ein. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Beratung von und für Menschen mit Behinderun- gen zu. Diese muss so organisiert sein, dass nicht die wirtschaftlichen Interessen der Kommune, sondern der Mensch mit seiner Behinderung im Mittelpunkt der Beratung steht.

6.2 Für ein engeres Netz sozialer Beratung und Unterstützung

Es gibt in Kassel zahlreiche Vereine und Verbände, die seit Jahren aner kennenswerte Arbeit für sozial benachteiligte Menschen und Menschen in Notsituationen erbringen. Alle diese Gruppen erbringen Aufgaben im öffentlichen Interesse. Aber viele Gruppen mussten ihre Arbeit erheblich reduzieren, teilweise ganz einstellen, weil ihnen Zuschüsse der Stadt und des Landes gestrichen wurden. Die Sicherung und Ausweitung der Haushaltsmittel für diese Gruppen wird eines unse- rer wesentlichen Anliegen bei der Beratung und Entscheidung des Stadthaushalts sein. Hilfe in Not und Hilfe zur Selbsthilfe benötigen ein finanziell gesichertes und professionelles Fun- dament. Dies kann nicht durch ehrenamtliche Arbeit ausgeglichen werden. In Kooperation mit Vereinen und Verbänden werden wir uns für die verbesserte Förderung ihrer Arbeit einsetzen.

6.3 Gegen Sexismus – Für eine queere Kommune

Wir bekämpfen Sexismus in allen seinen Ausprägungen: Keine vorurteilsbesetzten Einstellun- gen und Verhaltenserwartungen oder Benachteiligung bzw. Bevorzugung einer Person allein auf Grund ihrer Geschlechtszuweisung. Auch die Abwertung von Regenbogenfamilien und Partnerschaften jenseits der heterosexuellen Norm lehnen wir ab. Die Kasseler Linke setzt sich gegen jede Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Aus dem rechts-konservativen, dem religiösen und dem nationalistischen Spektrum wird schon seit lan- gem Stimmung gegen Menschen gemacht, die nicht den Geschlechterstereotypen entsprechen oder nicht das klassische Familienmodell leben. Diese Gruppierungen sind in den vergangenen Jahren auch in Kassel aktiv geworden. Im Jahr 2014 wurde beim Kongress „Sexualethik und Seelsorge“ von selbsternannten Homo-„Heilern“ dafür geworben, Homosexuelle durch „The- rapie“ zu Heterosexuellen zu machen. Ein Jahr später haben dann die „besorgten Eltern“ eine Demonstration in Kassel angekündigt. Das Ziel der „besorgten Eltern“ ist es, die Sexualaufklä- rung aus der Schule zu verbannen und den Kindern und Jugendlichen ausschließlich die traditio- nelle Ehe und die klassischen Geschlechterrollen als akzeptablen Lebensentwurf zu vermitteln.

Alle Menschen, die nicht diesen Vorstellungen entsprechend leben, werden als Perverse und als Kindeswohlgefährdend diffamiert. Homosexuelle werden von den „besorgten Eltern“ mit Pädophilen gleichgesetzt und auf diese Weise kriminalisiert.

Die Kasseler Linke wendet sich gegen Homophobie, Transphobie und Sexismus. Geschlechterstereotype lehnen wir, da sie eine Form geschlechtsspezifischer Diskriminierung sind, entschieden ab!

Alle Menschen sollen ihren Lebensentwurf unangefochten gestalten können, egal ob sie homo-, hetero- oder bisexuell sind. Genitalangleichende Operationen an Intersexuellen – Menschen, die biologisch weder eindeutig Mann noch eindeutig Frau sind – die allein dem Ziel dienen, Geschlechtseindeutigkeit herzustellen, sollen künftig nur dann erfolgen, wenn die Intersexuellen selbst von sich aus diese Operationen wünschen. Die Diskriminierung von Transsexuellen, also von Menschen deren Geschlechtsidentität nicht mit ihrer Geschlechtszuweisung übereinstimmt, und von Transgendern, deren Geschlechtsidentität nicht eindeutig ist, muss endlich beendet werden.

Wir fordern deshalb:

- Regelmäßige Information an den Schulen über Hilfs- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden.
- Förderung von Projekten, die Jugendlichen queere Lebensentwürfe vorstellen und Diskriminierung entgegenwirken.
- Unterstützung der in und um Kassel bestehenden queeren Initiativen.
- Einrichtung eines Queer-Beirates mit Rederecht in den städtischen Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung.
- Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, genitalangleichende Operationen bei Kindern zu unterbinden.

6.4 Die Stadt demokratisieren

Die Kasseler Linke setzt sich für Bürgerhaushalte ein. Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen.

OB Hilgen versprach bei seinem Amtsantritt mehr Bürgerbeteiligung. Nahezu nichts ist daraus geworden. Der Bürgerhaushalt ist jedenfalls kläglich gescheitert. Die Stärkung der Ortsbeiräte blieb eine Luftnummer. Gegen einen langen Widerstand der großen Fraktionen wurde schließlich ein kommunales Petitionsrecht beschlossen. Es ist so abgeschwächt worden, so dass schon die erste Eingabe als 'unzulässig' abgelehnt wurde.

Die Kasseler Linke tritt für eine Ausweitung der kommunalen Demokratie ein: Für eine Senkung des aktiven und passiven Wahl- und Abstimmungsalters auf 16 Jahre sowie für das kommunale aktive und passive Wahlrecht für alle EinwohnerInnen, egal welcher Herkunft.

Auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden muss die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten ermöglicht werden. Die Quoren zur Zulassung von Bürgerbegehren sind deutlich zu senken, Kostendeckungsvorschläge müssen als Anforderung an die Initiatoren entfallen, auf Ausschlusskataloge für direkte Demokratie soll verzichtet werden.

EinwohnerInnen, die sich in ihre eigenen Belange einmischen, werden von der Stadtregierung als Störfaktor betrachtet und behandelt. Für Entscheidungen relevante Informationen werden vorenthalten oder nur eingeschränkt und nicht öffentlich gegeben. In so wichtigen Fragen, wie Kosten der Unterkunft, wurden die Öffentlichkeit und die Stadtverordneten gezielt getäuscht.

Durch die formelle Privatisierung (kommunale Unternehmen nach privatwirtschaftlichem

Recht) werden der Öffentlichkeit, aber auch den Stadtverordneten, wesentliche Informationen vorenthalten. Kommunale Demokratie verkommt so zu einer formalen Abstimmungsmaschine.

Wir wollen an guten Beispielen anknüpfen - wie zum Beispiel Neugestaltung der Friedrich-Ebert-Straße - und interessierte, sachkundige und betroffene EinwohnerInnen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen MandatsträgerInnen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber dem Magistrat sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

Wir wollen eine Demokratie, die von der Einmischung der EinwohnerInnen getragen wird. Dazu müssen Alternativen breit diskutiert, Informationen öffentlich gemacht und engagierte EinwohnerInnen umfassend einbezogen werden.

Wir fordern deshalb:

- Echte Mitwirkungsmöglichkeiten für EinwohnerInnen-Foren.
- Mehr direkte Demokratie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.
- Kommunales Petitionsrecht muss von seinen Einschränkungen befreit werden.
- Öffentlichkeit und Transparenz: Umfassende Veröffentlichung aller Dokumente, die in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.
- Mehr demokratische Teilhabe bei grundlegenden finanziellen Entscheidungen der Stadt (z. B. durch einen Bürgerhaushalt).
- Beiräte mit weitergehenden Rechten stärken, regelmäßige Berichte der Beiräte veröffentlichen.
- Rederecht für EinwohnerInnen in den Sitzungen der kommunalen Vertretungen und Ausschusssitzungen.
- Schluss mit der Geheimhaltung bei den nach privatwirtschaftlichem Recht verfassten kommunalen Unternehmen.
- Ortsbeiräte stärken und finanzielle Ausstattung verbessern.
- Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Gremien sind in Ton- und Bild zu dokumentieren und öffentlich zugänglich zu machen.
- Öffentlichkeit bei Kommissionen und Magistrat ermöglichen.

7 Gesundheit

7.1 Sparen an den Krankenhäusern bedeutet Sparen an der Gesundheit

Die bundesweite Gesundheitspolitik hat zu einer massiven Unterfinanzierung der Krankenhäuser geführt. Die entstehenden Defizite dienen als Vorwand für die Schließung von Krankenhäusern, Personalabbau, Lohnkürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Gute Arbeitsbedingungen sind jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Gesundheitsversorgung und für die Gewinnung von neuen Fachkräften! Wer will sich von einer Ärztin oder einem Arzt operieren lassen, welche/r schon seit 24 Stunden Dienst hat und welcher Kranke möchte von Pflegepersonal abgefertigt werden wie am Fließband? Und wer möchte unter solchen Bedingungen arbeiten?

Die Gesundheitsversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht in private Hand! Doch in zunehmendem Maße wird das Gesundheitssystem, ob privat oder öffentlich, „am Markt“ ausgerichtet. Krankenhäuser sollen nicht mehr in erster Linie „gesund“ machen, sondern vor allem „profitabel“ sein. Die Beschäftigten sollen an der Gewinnmaximierung mitarbeiten und ihre Leistung wird unter kaufmännischen statt humanen Gesichtspunkten betrachtet. PatientInnen werden zu KundInnen und der ehemalige Empfang zum Service-Point.

Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Vielerorts werden Krankenhäuser geschlossen oder zusammengelegt. Besonders rentable Teile werden an private Träger verkauft, um durch die Privatisierung des öffentlichen Eigentums kurzfristig Geld in die Kasse der Kommunen zu spülen. Weniger rentable Teile verbleiben in öffentlicher Hand und werden zu einer finanziellen Belastung für die Kommune. In der Folge sinkt auch die Qualität der PatientInnenbehandlung. Insbesondere im ländlichen Bereich drohen Versorgungslücken und der Wegfall der freien ÄrztInnenwahl, während anderenorts in wirtschaftlich ausgerichtete „Zentrumsmedizin“ investiert wird.

Um dieser Entwicklung zu begegnen ist mehr demokratische Kontrolle und Rücknahme der Kommerzialisierung nötig. Zudem müssen die Gesundheitsberufe durch attraktivere Arbeitszeiten, gesicherten Freizeitausgleich und mehr Lohn aufgewertet werden. Gerade in Anbetracht des demographischen Wandels besteht hier dringend Handlungsbedarf um den zukünftigen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Verschlechterungen in der Pflegeausbildung, wie die Einführung von Pseudospezialisierungen während der dreijährigen Ausbildung müssen abgewehrt werden, da sie zu Lasten der inhaltlichen Qualität gehen. Stattdessen muss eine flächendeckende Professionalisierung der Pflege durch Fachweiterbildungen nach der Ausbildung und eine voll refinanzierte Ausbildung von ÄrztInnen und Pflegekräften gewährleistet werden.

Die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems muss ausgebaut werden, um die Kosten für die Gesundheitsversorgung gerecht zu verteilen. Dazu gehört auch eine Berechnung der Krankenkassenbeiträge nach dem Bruttogehalt. Der Rückzug von Gutverdienenden aus der Solidargemeinschaft ist ein Skandal und muss beendet werden. Zur solidarischen Gesundheitsversorgung gehören auch kostenlose Gesundheitsleistungen im vollen Umfang für geflüchtete Menschen.

Wir sagen NEIN zur Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheitsleistungen und wir sind für die Wiedereinführung der uneingeschränkt, paritätischen Gesundheitsfinanzierung.

Wir fordern deshalb:

- Schluss mit der Schließung, Privatisierung und Teilausgründungen von Krankenhäusern.

- Zurückführung von bereits privatisierten Teilbereichen des Klinikums in öffentliche Hand.
- Freie ÄrztInnenwahl, freie Wahl der Behandlungsmethode und des Behandlungsortes, sowie eine optimale Gesundheitsversorgung als demokratisches Grundrecht für alle hier lebenden Menschen.
- Finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der Gesundheitsberufe.
- Für eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung.
- Für eine sichere Finanzierung aller Kosten, die für eine optimale PatientInnenversorgung anfallen, durch Bund, Land und Kommunen – also Abschaffung der Fallpauschalen!

Drogenpolitisch vertreten wir das Konzept der Entkriminalisierung und die Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote, öffentliche Drogenkonsumräume, bessere ortsnahe Substitutionsbehandlung mit Methadon und Diamorphin, sowie legale Cannabis-Abgabemodelle erforderlich. Das Team öffentlich-finanzierter StreetworkerInnen muss erweitert werden, zudem sollen mehr Notschlafstellen für hilfebedürftige Menschen eingerichtet werden.

Eine Zwei-Klassenmedizin können sich nur die Wohlhabenden leisten. Durch eine gerechte Besteuerung von Reichen und Unternehmen sowie eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems kann eine öffentliche medizinische Versorgung gewährleistet werden. Notwendig sind dazu die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine höhere Erbschafts- und Körperschaftsteuer.

Uns ist bewusst, dass dies nicht ohne massiven Druck von unten erreicht werden kann. Deshalb unterstützen wir den Widerstand von Beschäftigten und Betroffenen gegen den Kaputtparkurs.

7.2 Kommunale Arbeitsplätze im Klinikum Kassel erhalten und weitere schaffen.

Der Stellenabbau an vielen Kliniken konnte durch finanzielle Mittel aus dem Pflegeförderprogramm ausgebremst werden. Auch im Klinikum Kassel wurden Pflegestellen aufgebaut. Allerdings nicht ausreichend: Stellen- und Bettenabbau hat in den Jahren zuvor bereits für deutliche Spannungen bei der PatientInnenversorgung gesorgt.

Auch viele Auszubildende werden aktuell nach dem Krankenpflegeexamen übernommen, um die Versorgung der PatientInnen am Klinikum Kassel sicher zu stellen. Dennoch ist eine garantierte und unbefristete Übernahme nach dem Examen noch längst nicht erreicht. Wir fordern die Umsetzung einer gesetzlichen Personalbemessung zur Sicherung einer adäquaten Besetzung, am Tag und auch in den Nachtdiensten!

Die Gesundheit Nordhessen Holding schreibt schwarze Zahlen und ist bemüht, sich ganz oben auf dem Gesundheitsmarkt zu positionieren. Der besondere Tarifvertrag von 2007 mit einer durchschnittlichen Lohnabsenkung von 5% sollte 2015 auslaufen. Das einbehaltene Geld aus dem sogenannten Zukunftssicherungsvertrag wurde wegen der positiven Jahresabschlüsse größtenteils an die Beschäftigten zurückgezahlt. Trotzdem ist es das falsche Modell, die Finanzierung eines öffentlichen Krankenhauses oder dessen Modernisierung an einen Gehaltsverzicht der Beschäftigten zu binden. Einen erneuten Abschluss eines Zukunftssicherungsvertrages im Klinikum Kassel lehnen wir deshalb ab.

Außerdem muss die Politik der Ausgründungen beendet werden. Statt externe Gesellschaften zu gründen, um den Lohn der Beschäftigten zu drücken und weitere Stellen in den Privatsektor zu verlagern, müssen kommunale Arbeitsplätze mit adäquater tariflicher Bezahlung erhalten und nach Bedarf weiter aufgebaut werden.

Wir fordern deshalb:

- Kein Stellenabbau an Kassels Krankenhäusern, sondern Erhöhung des Personalschlüssels für eine qualitativ hochwertige Versorgung.
- Gesetzliche Personalbemessung auch auf kommunaler Ebene. Adäquate Betreuungsquoten statt Arbeiten in Notbesetzung. Kein Nachtdienst allein!
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen und Geburtshelfern, Einrichtung von öffentlichen Geburtshäusern mit Belegbetten.
- Arbeitszeitverkürzung auf 30h/ Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitszeitverlängerung. Das schafft Arbeitsplätze, entlastet das Personal und führt zu mehr Qualität.
- Erhöhung der Ausbildungsquote auf 10% im öffentlichen Dienst und eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden in Vollzeit im erlernten Beruf.
- Investition in Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten anstatt Spitzengehälter für die Konzernleitung.
- Sinnvolle Zusammenarbeit im Sinne der PatientInnen und der Beschäftigten statt Konkurrenz unter den Kasseler Krankenhäusern. Gesundheitspolitik muss an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sein und nicht an dem Profit.

7.3 Ambulante Versorgung sicherstellen – Gesundheitskonferenz für Kassel

Die Hälfte aller Hausärzte in Kassel sind 55 Jahre und älter, die Situation bei den Fachärzten ist ähnlich. Um die ärztliche Versorgung langfristig zu sichern, muss die Kommune aktiv werden und steuernd und planend in die Sicherstellung der Versorgung eingreifen. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer Kasseler Gesundheitskonferenz, die unter Beteiligung aller lokalen Akteure und der Krankenkassen die notwendigen Maßnahmen berät und initiiert, um eine geordnete Neubesetzung der absehbar frei werdenden Arztsitze sicherzustellen.

7.4 Für eine repressionsfreie Drogenpolitik

Drogenpolitisch vertreten wir das Konzept der Entkriminalisierung und die Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene sind Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote, öffentliche Drogenkonsumräume, bessere ortsnahe Substitutionsbehandlung mit Methadon und Diamorphin, sowie legale Cannabis-Abgabemodelle erforderlich. Das Team öffentlich finanzierter StreetworkerInnen muss erweitert werden. Zudem sollen mehr Notschlafstellen für hilfebedürftige Menschen eingerichtet werden.

7.5 Für ein selbstbestimmtes Leben – auch im Alter

Kassel wächst! Aber auch Altersarmut, besonders von Frauen, breitet sich weiter aus. Dem muss bundesweit und kommunal entgegen gesteuert werden, denn alle Menschen haben ein Anrecht auf ein würdevolles Leben auch im Alter. Zur optimalen Versorgung aller Menschen in dieser Stadt gehört eine gute wohnortnahe Pflege im Alter. Dafür benötigen wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung für AltenpflegerInnen anstelle von Lohndumping im Altenpflegesektor. Privatisierungen bislang noch kommunaler Pflegeeinrichtungen müssen auch in diesem Bereich verhindert werden. Die Seniorenwohnanlagen der Gesundheit Nordhessen Holding müssen in kommunaler Hand verbleiben und dürfen nicht an einen privaten Investor verkauft oder geschlossen werden. Zur Maximalversorgung der BewohnerInnen unserer Stadt gehört auch eine kommunal geführte und finanzierte ambulante sowie stationäre Altersversorgung.

Wir fordern deshalb:

- Verbleib in öffentlicher Hand und Modernisierung der Seniorenwohnanlagen am Klinikum Kassel, keine Ausgründung oder schlechtere Bezahlung in der Altenpflege.
- Finanzielle Aufwertung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für AltenpflegerInnen und in der ambulanten Pflege.
- Ältere Menschen dürfen nicht aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld heraus gerissen werden.
- Effektive, an ihren Bedürfnissen ausgerichtete soziale Betreuung älterer Menschen.
- Betreutes Wohnen im ursprünglichen Umfeld.
- Integrative Kulturangebote und Treffpunkte für ältere Menschen. Unterstützung zur Selbstorganisation, kostenlose Räume im Stadtteilzentrum etc.
- Umzugshilfen für ältere Menschen, die in eine kleinere, bezahlbare Wohnung im gewohnten Umfeld umziehen wollen.
- Antragsrecht für den SeniorInnenbeirat im Stadtparlament.
- Alternative Stadtplanung im Sinne von generationenverbindendem Wohnen, statt Ausrichtung auf teure Stadtvillen für Wohlhabende.
- Förderung von Baugemeinschaften und Mehrgenerationen-Projekten, die sich die Integration älterer Menschen zum Ziel gesetzt haben.

8 Für eine linke Alternative in Kassel!

Eine Fortsetzung der neoliberalen Kahlschlagpolitik ist fatal für die Menschen in Kassel. Es gilt, sich ihr mit aller verfügbaren Macht und allen verfügbaren Mitteln entgegenzustellen. Die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit will dies gemeinsam mit all denen tun, die außerhalb der Parlamente für ihre Interessen kämpfen. Wir wollen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung dafür sorgen, dass diese unsoziale Politik nicht mehr geräuschlos durchgebracht werden kann.

Die Möglichkeiten für eine gerechtere Politik ergeben sich aus der Wirtschaftsentwicklung und dem Produktivitätszuwachs in der heutigen Gesellschaft. Die Erträge aus dem Wachstum der Produktivität kommen derzeit in erster Linie den Eigentümern der Unternehmen zugute. Wir fordern, dass sie für die gesamte Gesellschaft zu mehr menschlicher Freiheit, mehr sozialer Sicherheit und mehr selbstbestimmter Lebenszeit führen müssen. Wir unterstützen und beteiligen uns am Prozess der Suche nach demokratischen Alternativen.

Es reicht uns nicht, in der Stadtverordnetenversammlung das linke Gewissen der Stadt zu sein. Wir wollen das Parlament vielmehr nutzen, um denen eine Stimme zu geben, die unter der momentan praktizierten Politik leiden. Gemeinsam mit ihnen wollen wir den Kampf für eine lebenswerte Stadt aufnehmen. Sei es mit den Kolleginnen und Kollegen, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen, sei es mit den Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben oder mit denen, die als Folge der Hartz-Gesetze an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die Formen unseres Kampfes werden vielfältig sein. Von der Anfrage und dem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung über öffentlichkeitswirksame Aktionen bis hin zu Demonstrationen und Unterstützung von Streiks werden wir alle Mittel nutzen, um für ein soziales und gerechtes Kassel zu kämpfen!

Deshalb aktiv werden

und am 6. März 2016 sozial wählen

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



www.kasseler-linke.de

Folge uns
auf Facebook

